

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg Geschäftsführerin: Ingrid Schumann
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher (04 61) 2 67 08 Au-
ßerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 12 DM für Einzelmitglieder, 25 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50) Sparkasse NF
Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)

Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Tilman Eysholdt</i> Zeitspiegel für den Norden und deutsch-dänisches Forum 40 Jahre Grenzfriedenshefte.....	141
<i>Wolfgang Börnsen</i> Der Schutz von Minderheiten - selbstverständlich und doch aktueller denn je.....	151
<i>Broder Schwensen</i> Siegel, Wappen und Fahne der Stadt Flensburg.....	156
<i>Günter Weitling</i> Der Idstedt-Löwe - Ende eines Mythos? Bericht über eine deutsch-dänische Ausstellung.....	175
<i>Jens Christian Jacobsen</i> Vom Landarbeiter zum Lokalredakteur Die Arbeitervolkshochschulen Tinz und Harrisleefeld.....	180
Umschau ab Seite 189	

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie erscheinen vierteljährlich.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:
Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 24955 Harrislee Artur Thomsen
(verantwortlich), Holstengang 4, 24937 Flensburg Redaktionsanschrift: Hafendamm
15, 24937 Flensburg
Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg
Druck: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Zeitspiegel für den Norden und deutsch-dänisches Forum

40 Jahre Grenzfriedenshefte

von *TILMANN EYSHOLDT*

„Wenn der Grenzfriedensbund über seine sozialen und taktisch-politischen Aufgaben des Tages hinausgehend einen bleibenden Beitrag zur Gestaltung des politischen Lebens leisten soll - und das ist nach der Satzung das Ziel - dann wird es notwendig sein, eine Publikationsmöglichkeit zu schaffen, die über den Rahmen der Mitglieder hinausgeht.“¹

Diese Notiz des Vorstandsmitglieds des Grenzfriedensbundes Dr. Hans-Peter Johannsen vom Sommer 1952 bedeutete den Beginn der konkreten Planung einer ungewöhnlichen regionalen Zeitschrift für das Grenzland Schleswig: der Grenzfriedenshefte. Es ist die letzte Nummer des 41. Jahrgangs der Hefte, die der Leser heute in Händen hält. Im März 1953, also vor etwa 40 Jahren, erschien das erste Exemplar des Blattes, das die Bemühungen des Grenzfriedensbundes unterstützen sollte, zwischen Deutschen und Dänen im Landesteil Schleswig zu vermitteln. Ein nostalgischer Jubiläumsrückblick? Angesichts - oft gegeneinander gerichteter - nationaler Strömungen, die in ganz Europa und nicht zuletzt in Deutschland Raum greifen, ist es durchaus angebracht, Programm und Konzeption der Hefte erneut zu beleuchten.²

Im Grenzkampf

In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg war die soziale und wirtschaftliche Lage Schleswig-Holsteins desolat. Die im Südschleswigschen Verein (SSV) organisierte dänische Bewegung erhielt nördlich der Eider massenhaften Zulauf, der in deutschgesinnten Kreisen erhebliche Besorgnis hervorrief, da der SSV langfristig eine Integration Schleswigs in den dänischen Staat anstrebte. In dieser Situation war die „Kieler Erklärung“, die die regierenden Sozialdemokraten im Kieler Landtag durchsetzten, eine kleine Sensation: Ausdrücklich wurde die Freiheit des Bekenntnisses zum dänischen Volkstum proklamiert und untersagt, dieses Bekenntnis offiziell nachzuprüfen oder in Frage zu stellen. Um dem so begonnenen heftig umstrittenen Verständigungskurs gegenüber der dänischen Minderheit und Dänemark selbst mehr Rückhalt im Landesteil Schleswig zu geben, ging auf Initiative Jens Nydahls vom Grenzausschuß der SPD die Gründung des Grenzfriedensbundes aus.³ Nun waren die für die ersten Aktivitäten des neuen Vereins maßgeblichen Männer, der

ehemalige Berliner Stadtschulrat Jens Nydahl, der pensionierte Schulrat Detlef Hansen, der Büchereidirektor Hans-Peter Johannsen und der Schriftsetzer und Redakteur Ernst Beier, entscheidend von der Bildungsarbeit in Schule und Volkshochschule geprägt, mithin Männer des gesprochenen Wortes.⁴ Sie hielten unzählige Vorträge, um ihre Gedanken publik zu machen. An die Herausgabe einer Zeitschrift hatten sie zunächst aber nicht gedacht, zumal sie mit einer anderen Haltung des von der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig herausgegebenen Blattes „Korrespondenz Deutsches Schleswig“ (KDS) und der - eher konservativen - Presse zur Arbeit des Grenzfriedensbundes gerechnet hatten:

„Wir sind verschiedentlich gebeten worden, unsere Mitglieder von dem Stand unserer Arbeit zu unterrichten. Anfangs glaubten wir, die Tagespresse würde uns diesen Dienst abnehmen. Leider haben wir feststellen müssen, daß sie sich sehr zurückhält. So sollen darum in zwangloser Folge Grenzfriedensbriefe hinausgehen, die das bringen mögen, was zur Orientierung notwendig ist.“⁵

Die mit diesen Worten begonnenen insgesamt acht Grenzfriedensbriefe erschienen nach Bedarf und ohne einheitliche Gestaltung in den Jahren 1951/52. Erst danach machte man sich an die Herausgabe einer regelrechten Zeitschrift, die noch bis Ende 1954 den Zusatz „als neue Folge der Briefe“ tragen sollte. Man erkannte klar, daß nur eine solche die öffentliche Wirksamkeit des Grenzfriedensbundes, dessen Mitgliederzahlen sich längst nicht so explosiv entwickelten wie erhofft, verstärken könne.⁶

Träger des Verständigungsgedankens

Der Grenzfriedensbund war eine Gründung „von oben“, keine „Bewegung“. Entsprechend hatten die Grenzfriedenshefte, obwohl als Mitgliederzeitschrift konzipiert und nicht ohne Eintritt in den Grenzfriedensbund zu abonnieren, nie den Charakter eines Blattes zum Austausch unter den Mitgliedern. Vielmehr sollten sie von vornherein Träger des seitens des Verbandes vertretenen Verständigungsgedankens über die Mitgliedschaft hinaus sein, wie ja auch das zu Beginn angeführte Zitat verdeutlicht. Sie lagen in Bibliotheken aus und wurden an Verbände verschickt. Wenn die Vereinssatzung kulturelle und soziale Aufgabenstellungen vorsah, dienten die neuen Hefte der Erfüllung ersterer. Die Vergabe von finanziellen Beihilfen mit der Zielsetzung, nicht materielle Gründe für das Bekenntnis einzelner zum Dänentum ausschlaggebend werden zu lassen, war demgegenüber der Schwerpunkt der sozialen Arbeit des bei aller Versöhnungsbereitschaft bewußt deutschen Verbandes.⁷

Daß die nationale und die soziale Frage eng zusammengehören, war eine Erkenntnis, die auch in den Grenzfriedensheften entschieden vertreten wurde.⁸ Nicht nur den ideellen, „subjektiven“ Faktoren trug die Zeitschrift Rechnung, sondern auch den materiellen, „objektiven“ Gegebenheiten. Verkörpert wurden diese beiden Ansätze quasi durch die ersten beiden Redakteure Dr. Hans-Peter Johannsen und Ernst

Beier, „der eine als Bürgerlicher und Minderheitendeutscher in Nordschleswig, der andere als 'Sozi' und Angehöriger der deutschen Mehrheit in Südschleswig“⁹. Der eine legte Wert auf die „Idee der Partnerschaft“¹⁰, der andere auf die „Pflege eines aus dem Geist der deutschen Arbeiterbewegung lebenden und ihn einbeziehenden deutschen Nationalbewußtseins (Kulturbewußtseins) und der Wiederherstellung und Pflege eines gut nachbarlichen Verhältnisses zu unseren dänischen Nachbarn.“¹¹ Johannsen und Beier waren verantwortlich für die erste Konzeption der Hefte, die sehr überlegt erfolgen mußte, da bereits die Zeitschriften „Die Heimat“ als landeskundliches Blatt, und „Schleswig-Holstein“, eher eine anspruchsvolle Illustrierte, etabliert waren. Intern äußerte sogar Detlef Hansen durchaus Bedenken gegen ein weiteres auf Landesmittel angewiesenes Publikationsorgan der Grenzverbände.¹²

Kultur- und Friedensarbeit

Um so entschlossener gingen die beiden Redakteure zu Werke und gaben der Zeitschrift ein Profil, das in den Grundzügen bis heute Bestand hat. Die meisten Hefte sind geprägt durch einen Aufsatzteil, eine „Umschau“, die Nachrichten und Informationen zum Grenzraum bringt, sowie einen Buchbesprechungsteil. Dieser nahm bereits Anfang der 60er Jahre an Umfang zu und erschien in der Zeit von 1968 bis 1977 erheblich ausgeweitet als „Neue Schleswigsche Literaturbriefe“. Die Grenzfriedenshefte sollten, wie Jens Nydahl im ersten Heft 1953 schrieb, „wertvolles Material für alle die bringen, die mit den Problemen unseres Grenzlandes ringen und nach einer Lösung suchen, und ... dazu beitragen, den Blick für die fruchtbaren Zusammenhänge zwischen den beiden Völkern an dieser Grenze zu öffnen.“¹³ In einer Fülle von Betrachtungen und Überlegungen wurde in den ersten 25 Jahren der Hefte diese Zielsetzung immer wieder formuliert, überprüft und für richtig befunden.¹⁴ Man wollte die Hefte „als ein 'Archiv' betrachtet wissen, dem jeder Interessierte Beiträge entnimmt, aus denen gewissermaßen im Querschnitt die zeitgenössische Auffassung über den Stand der deutsch-dänischen Auseinandersetzung auf allen Gebieten abgelesen werden kann“¹⁵, als ein „Forum ... , auf dem vorbehaltlos diskutiert werden kann“¹⁶, einen „Spiegel der vielfältigen und verästelten nationalen Strömungen und Motivationen diesseits und jenseits der Grenze unter Deutschen und Dänen“¹⁷, als einen „Markt, auf dem erörtert wird, was uns bewegt“¹⁸.

Das Aufsehererregende am Anfang war, daß es der Redaktion gelang, Deutsche und Dänen für Beiträge zu gewinnen. Oft konnten so Themen aus zwei verschiedenen Sichtweisen behandelt werden. Dabei garantierte eine sichere Auswahl qualifizierter Autoren ein gleichbleibendes hochrangiges Niveau. Vertreter der jeweils deutschen und dänischen Minderheit, deutsche und dänische Pädagogen, Historiker, überhaupt Persönlichkeiten des Grenzlandes veröffentlichten in den Grenzfriedensheften.¹⁹ „Wenigstens reden sollte man wieder miteinander können!“ So erinnerte sich später Ernst Beier.²⁰ Dabei muß die Wechselbeziehung von Zeitschrift und

Zeitströmung beachtet werden. Die Hefte konnten ein Forum bieten, aber ohne die Bereitschaft der entsprechenden deutschen und dänischen Autoren, auf diesem „Verständigungsforum“ aufzutreten, hätte ihnen der Rückhalt gefehlt. Dies sei zur Warnung vor übereilter Übertragung des Konzeptes auf andere Regionen erwähnt. Das Prinzip dieser Zweisprachigkeit im übertragenen Sinne hat das Blatt während der ganzen Zeit seines Bestehens beibehalten. So kam es einerseits zu den im Sinne der Völkerverständigung notwendig differenzierenden Abhandlungen, andererseits wurde ein oft wissenschaftliches Niveau erreicht - bereits in Heft 3/1962 schlich sich in einem Beitrag ein Anmerkungsapparat ein. Stieß dies Niveau auch anfangs auf vereinzelte Proteste, so gehörte es doch bald zum Erscheinungsbild der Hefte:

„Ihr Ziel ist es, die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und moderner politischer Bildung zur Diskussion zu stellen.“²¹

Die langjährige Kontinuität in der redaktionellen Leitung der Grenzfriedenshefte ließ die Frage aufkommen, ob der einheitliche Charakter des Blattes auch nach einem personellen Wechsel aufrecht zu erhalten wäre.²² Artur Thomsen, seit 1977 Vorsitzender des Grenzfriedensbundes, sah als Aufgabe der Grenzfriedenshefte „das-selbe, was wir immer versucht haben: ein(en) Brückenschlag zwischen unseren Völkern, auch über die Grenze hinweg“ - bei wie zuvor bewußt deutscher Grundhaltung.²¹ Als nach Hans-Peter Johannsen auch Ernst Beier 1981 80-jährig aus der Redaktion der Grenzfriedenshefte ausschied, fand Thomsen in dem Historiker und Lehrer Dr. Jörn-Peter Leppien einen einsatzbereiten ehrenamtlichen Mitarbeiter für die Redaktion der Zeitschrift. Trotz kleinerer Änderungen - seit 1985 bekamen die Hefte ein neues Deckblatt, in der Sparte „Echo“ wurden Meinungen Außenstehender über den Grenzfriedensbund und seine Publikationen dokumentiert - behielten sie im wesentlichen ihren alten Stil. Allerdings begann die neue Redaktion bald, Beiträge aus den Heften in Sonderpublikationen herauszugeben und so einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.²⁴

Sammelsurium

Nach diesen Überlegungen zu Programm und Form des Blattes wird es Zeit zu fragen, was denn nun eigentlich zu lesen war in den Grenzfriedensheften. Man könnte darauf antworten: Alles, was den Raum zwischen Königsau und Eider betrifft. Immer wieder beschäftigten sich Ausgaben der Hefte mit der Minderheitenproblematik²⁵, dem Thema Bildung und Volkshochschule²⁶, mit allgemein kulturellen Themen oder mit Literatur (vor allem während der Beteiligung Hans- Peter Johannsens an der Redaktion)²⁷, nicht ganz so häufig auch mit Wirtschaftsfragen²⁸. Büchereien, Museen und Institute des Grenzlandes wurden vorgestellt.²⁹ Politische Kommentare zu Geschehen, etwa anlässlich der Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 oder der Erhöhung der Anzahl der Sitze im schleswig-holsteinischen Landtag von 73 auf 74 blieben eher die Ausnahme³⁰, ebenso die Publikation von Dokumenten wie der Kieler

Erklärung, der schon erwähnten Bonn-Kopenhagener Erklärungen oder der Flensburger Erklärung der SPD.³¹ Es ist durchaus nachvollziehbar, wenn der Journalist Rolf Heinrich Wecken die Grenzfriedenshefte 1978 als „Sammelsurium von hohem Rang“ bezeichnete.³² Konsequenterweise wurden in den Grenzfriedensheften der Europagedanke vertreten. Bereits in der ersten Ausgabe 1953 wiederholte Jens Nydahl die Aufgabenstellung des Grenzfriedensbundes, „praktische Volks- und Kulturarbeit aus wahrhaft europäischer Gesinnung heraus zu betreiben.“³³ Auch Hans-Peter Johannsen und Artur Thomsen als folgende Vorsitzende vertraten in den Grenzfriedensheften den Europagedanken. Thomsen rief sogar zur Teilnahme an der Europawahl auf.³⁴ Entsprechend aufmerksam wurden in der Zeitschrift 1972 die Diskussionen um den Beitritt Dänemarks zur EWG betrachtet. Anlässlich der Ablehnung der Maastrichter Verträge 1992 kam ein britischer Kritiker dieses dänischen Votums zu Wort, und jüngst wurde das positive Presseecho auf die Umkehr dieses Votums dokumentiert.³⁵ Die Rubrik „Umschau“ begleitete seit Bestehen des Blattes regelmäßig den Weg der „Föderalistischen Union europäischer Volksgruppen“ (FUEV), wenn diesem Thema nicht sogar größerer Raum gegeben wurde.³⁶ Vor diesem „europäischen Hintergrund“ ist eine weitere Kontinuität bemerkenswert: das Bekenntnis zum Nationalbewußtsein. „Es geht darum, das Nationale nicht zu negieren, sondern es zu relativieren...“ hatte Ernst Beier 1972 betont, ein Zitat, auf das sich Artur Thomsen später ausdrücklich bezog.³⁷

Zeitgeschichte

Eine besondere Rolle spielen in den Grenzfriedensheften Beiträge mit historischem Gegenstand. Dies kommt nicht von ungefähr. Geschichtliche Argumentationen spielen in Nationalitätenkonflikten eine erhebliche Rolle. Fragen nach dem Recht auf den Besitz eines Territoriums, nach geschehenem Unrecht der einen Volksgruppe an der anderen, nach der qualitativen Überlegenheit der einen Nationalität gegenüber der anderen werden historisch beantwortet. Geschichte avanciert somit, wie in vielen anderen Zusammenhängen auch, zum politischen Argument. Kann über ein Geschichtsbild ein weitgehender Konsens zwischen Volksgruppen erreicht werden, ist ein erheblicher Teil des Zünstoffs im nationalen Dialog beseitigt. Es sind diese Gedankengänge, die man im Grenzfriedensbund im Auge hatte, wenn man den dänischen Historiker Troels Fink mit den Worten zitierte: „Wir müssen lernen, über unsere Vergangenheit miteinander reden zu können.“³⁸

Charakteristisch ist die maßvolle Art, in der die Grenzfriedenshefte an Jubiläen erinnerten, die in der nationalen Auseinandersetzung um den Grenzraum Schleswig eine Rolle spielten, sei es der Ripener Vertrag, der Tag von Oeversee oder die Volksabstimmungen von 1920.³⁹ 100 Jahre nach dem entscheidenden Eingreifen Preußens in die Schleswig-Frage äußerten sich deutsche und dänische Autoren zu diesen Vorgängen.⁴⁰ Aber es blieb nicht bei diesen Bemühungen. War schon das letzte

Grenzfriedensheft des Jahres 1971 der Friedens- und Konfliktforschung gewidmet, so nahmen seit Mitte der 70er Jahre die jungen Historiker Jörn-Peter Leppien, Manfred Jessen-Klingenberg und Hans-F. Rothert entschieden gegen eine einseitig an nationalen Gesichtspunkten orientierte Geschichtsschreibung Stellung.

Zwei weitere Gesichtspunkte müssen in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden: Die Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und die Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus vornehmlich in Schleswig. Wurde erstere schon in den sechziger Jahren begonnen, bildet letztere den absoluten Schwerpunkt der Hefte seit Mitte der achtziger Jahre.⁴¹ Dies ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil das zeitweise Mißtrauen der dänischen Nachbarn gegenüber den Deutschen auch dadurch verstärkt wird, daß diese Tätigkeitsfelder, also die Geschichtsschreibung einer demokratischen Bewegung und die vorbehaltlose Offenlegung der Zeit der Diktatur, in Deutschland und auch im Landesteil Schleswig lange Zeit vernachlässigt, wenn nicht sogar behindert wurden. Vor diesem Hintergrund müssen die bisher sechs Sonderveröffentlichungen der Grenzfriedenshefte seit 1983 mit durchweg zeitgeschichtlicher Thematik gesehen werden. Auch die publizistische Unterstützung der Grenzfriedenshefte für den Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS) sowie für das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte findet hier ihre Begründung.⁴²

Debatten

Natürlich blieb nicht alles, was in den Grenzfriedensheften zu lesen war, ohne Widerspruch. Da waren zunächst die Äußerungen Hans-Peter Johannsens zu der Frage, was ein „Schleswiger“ sei. Orientiert am im Grenzraum friedlichen 18. Jahrhundert hob Johannsen kulturelles Interesse und Bildung als wesentliche Merkmale eines Schleswigers hervor, die man sich erst erarbeiten müsse. Damit war das Problem der Nationalität, ob deutsch oder dänisch, für ihn zweitrangig. Eine Flut von Stellungnahmen zu diesen Aussagen erschien in den Zeitschriften im Landesteil Schleswig, aber auch in den Grenzfriedensheften selbst, die angetan ist, Außenstehende angesichts der Thematik in Verwunderung zu versetzen. Alle Facetten des „Schleswigers“- vom Dänen bis zum Schleswig-Holsteiner - traten hier wieder einmal an die Oberfläche.⁴³

Deutlich weniger abstrakt war die Diskussion um die Zeitschrift Slesvigland, die, in deutscher und dänischer Sprache verfaßt, seit 1980 als Postwurfsendung nördlich der Eider verschickt wird. Artur Thomsen störte sich bald an den dänisch-nationalen Tönen in den ersten Jahrgängen des Blattes, die durchaus an vergangene Grenzkampfzeiten erinnern konnten. Er bezog in vielen Artikeln der Grenzfriedenshefte Stellung gegen „Slesvigland“, das seiner Meinung nach den Grenzfrieden störe. Aber das neue Blatt fand auf dänischer Seite Verteidiger, allen voran Karl-Otto Meyer, den Abgeordneten des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW). Bald entbrannte ein heftiger Streit, in dem sich die Kontrahenten gegenseitig nationalpolitische Ziele

und mangelndes Augenmaß vorwarfen. Auch er spiegelt sich in den Grenzfriedensheften wider.⁴⁴ Die dritte größere Debatte wurde im Gegensatz zu den ersten beiden bewußt ausgelöst. Der Grenzfriedensbund plädierte für die Rückführung des Idstedtlöwen, eines dänischen Denkmals für die Gefallenen der Schlacht bei Idstedt 1850. Dieses Denkmal wurde entworfen für den Alten Friedhof in Flensburg, befindet sich aber seit 1945 in Kopenhagen, und auf deutscher Seite bestand bisher wenig Neigung, sich um eine Rückführung des oft noch als feindliche Siegesbronze verstandenen Löwen zu bemühen. Das gesamte erste Grenzfriedensheft des Jahres 1992 wurde dieser Initiative gewidmet. Neben historischen und kunstgeschichtlichen Erläuterungen traten hier Artur Thomsen, der Däne Arne Gammelgaard und der SSW-Politiker Rolf Lehfeld für eine Wiederaufstellung des Löwen in Flensburg ein. Einen Überblick über die folgende, zunächst verhaltene, Diskussion gab Thomsen wenig später. Der Position, Denkmäler seien „nicht Zeitzeugen der Gegenwart, sondern der Geschichte“ hätte die Auffassung gegenübergestellt, „der Löwe sei ein Siegesdenkmal, kein Ehrenmal für Gefallene“. Dabei bezog Thomsen erneut Stellung, indem er den Gegnern der Rückführung der Bronze des Löwen vorhielt: „Wenn die Dänen das Löwendenkmal zurückbringen wollen, dann sollten wir ihnen abnehmen, daß sie nur ein Stück ihrer und unserer gemeinsamen Geschichte zu rechtrücken möchten; wir sollten nicht aufs neue nationale Gegensätze dahinter vermuten.“⁴⁵

Anerkennung

Es fällt auf, daß es trotz Kritik an einzelnen Beiträgen in den Grenzfriedensheften auch in ihrer Anfangszeit nirgends einen regelrechten Verriß der Zeitschrift von dänischer Seite gegeben hat, während der Grenzfriedensbund selbst sich einige heftige - zum Teil durchaus nachvollziehbare - Anfeindungen gefallen lassen mußte. Die positive Einschätzung erfuhr das Blatt seitens eines Kreises dänischgesinnter Studenten um die Zeitschrift „Front og Bro“, zu dem sich in den fünfziger Jahren erste Kontakte des Vereins ergaben.⁴⁶ In diesem Kreis bestand deutliche Achtung vor den Heften, die man als „das einzige Organ bei unseren Gegnern“ betrachtete, „mit dem es eine wirkliche Freude ist, die Klingen zu kreuzen.“⁴⁷ Die wohl größte Auszeichnung wurde den Grenzfriedensheften zuteil, als der Leiter der Studiefelding Dansk Centralbibliothek for Sydslesvig, Poul Kürstein, auf Anregung des dänischen Generalkonsuls Troels Fink 1967 eine Auswahl von 11 Aufsätzen aus der Zeitschrift ins Dänische übersetzt herausgab. In diesem Bändchen mit den Titel „Vores Egne Vindver“ wurden die Hefte gewürdigt als „eine der besten Quellen, in denen man über dänische Verhältnisse in deutscher Sprache Aufklärung finden kann“.⁴⁸ Wenn auch die dänische Zeitung Flensborg Avis seit etwa Mitte der sechziger Jahre den Grenzfriedensheften weitgehend aufgeschlossen gegenüberstand, so ist dies ein Zeichen dafür, daß die Redaktion der Hefte es verstand, dem schmalen Grat der

Völkerverständigung zu folgen, ohne nachhaltig abzurutschen.⁴⁹

Perspektive

Dem Historiker Dr. Gerhard Beier, Sohn von Ernst Beier, gelang 1978 der Entwurf einiger „subjektiver Wünsche, die ein zeitweiliger Autor und Leser 25 Jahre nach Gründung einer Zeitschrift in einer Grenzregion vorzubringen hat“. Beier forderte ein exaktes „redaktionelles Programm“ mit entsprechender Umsetzung, „höchste Dialogfähigkeit“, „Öffnung zur Öffentlichkeit“ und „optimale Verbreitung“ in Instituten und Bibliotheken, „starken Quellenwert“ im Sinne von Beiträgen, die unmittelbar für die Hefte geschrieben werden, „Aktualität und Permanenz“, „Kritik- und Konfliktfähigkeit“ sowie „Friedensforschung und Friedensförderung“. ⁵⁰ Es ist deutlich, daß Gerhard Beier diese „Wünsche“ gewissermaßen im inneren Dialog mit den Grenzfriedensheften entwickelt hat. Sie haben nichts an Aktualität verloren.

Die Grenzfriedenshefte waren nie ein kosmopolitisches Blatt, und es ist wahrscheinlich, daß die niemals verleugnete „deutsche“ Haltung der Zeitschrift es der dänischen Seite erleichterte, ihren Standpunkt einzuschätzen und nachzuvollziehen. Auch der Anbiederungsverdacht konnte so umgangen werden. Zeiten wirtschaftlicher Krisen und Verteilungskämpfe, wie wir sie derzeit erleben, bringen leicht irrationale Erklärungsmuster und Lösungsvorschläge hervor, die sich nicht zuletzt gegen andere Nationalitäten richten können. Wenn die Zeitschrift „Grten- sevagten“ des dänischen Journalisten Vilhelm La Cour, die 1970 ihr Erscheinen einstellte, über die dänischen Belange in Nordschleswig wachte, so könnte für die Grenzfriedenshefte eine „Grenz-wacht“ ganz anderer Dimension ausschlaggebend werden. Lassen wir noch einmal Ernst Beier zu Worte kommen:

„Die Frage wird lauten, ob ich deutscher Nationalist oder deutscher Europäer, ob ich dänischer Nationalist oder dänischer Europäer sein will, die Frage wird sein, was wir als dänische und deutsche Europäer in Schleswig gemeinsam sein werden und was unter dieser Voraussetzung das deutsch-dänische Grenzland zwischen Königsau und Eider sein und wie es von den Menschen, die hier leben, gestaltet werden wird.“⁵¹

Anmerkungen

- 1 Gesichtspunkte bei der Herausgabe einer Zeitschrift durch den Grenzfriedensbund (1952) [Vereinsarchiv des Grenzfriedensbundes <unten zitiert als: VAGFB> A 4].
- 2 Zum Folgenden vgl. das entsprechende Kapitel „Schrittmacher der Entspannung“ - Die Grenzfriedenshefte“ in meiner Studie: Tilmann Eysholdt: Im Spannungsfeld von Nation und

- Europa. Der Grenzfriedensbund 1950-1990. Hg. vom Grenzfriedensbund. Flensburg: 1990, S. 123-133 <unten zitiert als: Spannungsfeld>, dessen Nachweise hier nicht im einzelnen wiederholt werden.
- 3 Spannungsfeld S. 11-15.
 - 4 Zu den Biographien vgl. Spannungsfeld S. 21 -26, zu Nydahl neuerdings auch Michael Sören-Schuppan: Jens Peter Nydahl 1883-1967, In: GFH 1/1993 S. 39-48, zur Biographie Ernst Beiers und seiner Prägung durch die Heimvolkshochschulen Dreißigacker und Harsleefeld vgl. auch den offenen Brief von Gerhard Beier in: GFH 4/1990, S. 274-280, bes. S. 276.
 - 5 Grenzfriedensbrief Nr. 1 (1951) [VAGFB A4], vgl. Spannungsfeld S. 45.
 - 6 Spannungsfeld S. 35.
 - 7 ebd. S. 19f, S. 37-40.
 - 8 Ernst Beier: Soziale Arbeit ist nationale Arbeit. In: GFH 1/1963 S. 5f.
 - 9 Ernst Beier: Noch einmal: Versuch einer Standortbestimmung. In: GFH 1/1973, S. 61- 65, Zit. S. 62.
 - 10 Hans-Peter Johannsen: Zwanzig Jahre Grenzfriedenshefte. In: GFH 4/1972, S. 169- 172, Zit. S. 172.
 - 11 Ernst Beier: Über das eigene Selbstverständnis. Gedanken zu dem, was die Grenzfriedenshefte wollen. In: GFH 3/1968, S. 134-138, Zit. S. 136.
 - 12 Hansen an Johannsen v. 2.10.1953 [VAGFB A4] .
 - 13 Jens Nydahl: Zum Geleit. In: GFH 1/1953, S. 4.
 - 14 Vgl. Jens Nydahl: Fünf Jahre Grenzfriedenshefte. In: GFH 1/1958, S. 3f; Ernst Beier: Über das eigene Selbstverständnis... (Wie Anm. 11); Ernst Beier: Achtzig Grenzfriedenshefte: Ein Zeitspiegel. In: GFH 3/1968, S. 172-176; sowie Anm. 15-18.
 - 15 Hans-Peter Johannsen: Zu diesem Heft. In: GFH 3/1955, S. 3.
 - 16 Hans-Peter Johannsen: Zwanzig Jahre Grenzfriedenshefte. (Wie Anm. 10), S. 169.
 - 17 Ernst Beier: Noch einmal: Versuch einer Standortbestimmung. In: GFH 2/1973, S. 61- 65, Zit. S. 63.
 - 18 Artur Thomsen: 25 Jahre Grenzfriedenshefte. In: GFH 3/4/1978, S. 139-143, Zit. S. 143.
 - 19 Dies belegt schon ein Blick in das Verfasserregister. (Harald Dankert: Sachregister, Verfasserregister, Register der Buchbesprechungen für die Jahrgänge 1953-1983 der Grenzfriedenshefte. Flensburg: o.J. (1984).
 - 20 Ernst Beier: Achtzig Grenzfriedenshefte... (Wie Anm. 14), S. 174.
 - 21 Hans-Peter Johannsen: Zwanzig Jahre Grenzfriedenshefte. (Wie Anm. 10), S. 171.
 - 22 „Ich bezweifle, ... daß ... die Möglichkeit bestehen wird, diese begonnene Arbeit so homogen fortzusetzen.“ Rolf Heinrich Wecken: Periodika von einem besonderen Reiz. Fünfundzwanzig Jahre Grenzfriedenshefte. In: GFH 3/4/1978, S. 143-148, Zit. S. 144
 - 23 Artur Thomsen: 25 Jahre Grenzfriedenshefte. (Wie Anm. 18), S. 141.
 - 24 Eine Übersicht gibt Jörn-Peter Leppien: Grenzfriedenshefte und Zeitgeschichte. In: Institut für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte. Erwartungen und Aufgaben. Herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Flensburg: 1993, S. 5f Anm. 6.
 - 25 Z.B. GFH 3/1954, 3/1965, 2/1975, 4/1985, 2/1992.
 - 26 Z.B. GFH 3/1956, 1/1962, 1/1979, 4/1984.
 - 27 Z.B. GFH 1/1953, 4/1963, 3/1973.
 - 28 Z.B. GFH 3/1953, 2/1964, 2/1991.

- 29 Z.B. GFH 2/1958 (Landesmuseum Schloß Gottorf), 4/1962 (Stadtbücherei Flensburg, Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig), 1/1977 (Institut for Graenseregeionsforskning) 2/1978 (Institut für regionale Forschung und Information), 2/1993 (Institut für schleswigholsteinische Zeit- und Regionalgeschichte).
- 30 Detlef Hansen: Der 29. März 1955. In: GFH 2/1955, S. 42-47; Artur Thomsen: Grenzland 1979 - ein besorgter Rückblick. In: GFH 4/1979, S. 175-177.
- 31 In GFH 2/1953, 2/1955, 4/1981.
- 32 Rolf Heinrich Wecken: Periodika... (Wie Anm. 22), S. 147.
- 33 Jens Nydahl: Zum Geleit. (Wie Anm. 13), S. 4.
- 34 Hans-Peter Johannsen: Grenzarbeit-gestern, heute und morgen. In:GFH 2/1963, S. 57-65; Artur Thomsen: Es ist eine Wahl - anders als die anderen. In: GFH 1/1979, S. 5f.
- 35 Vgl. GFH 1/1972, 3/1972, 4/1972; Hilary Barnes: Das dänische Nein zu Maastricht. Hintergrund und Perspektiven. In: GFH 3/1992, S. 147-163; Ein paar Pressestimmen zur „Maastricht“-Abstimmung in Dänemark... In: GFH 2/1993, S. 124-127.
- 36 Zuletzt: Armin Nickelsen: Neue Herausforderungen für die „Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV). In GFH 4/1991, S. 187-189.
- 37 Ernst Beier: Noch einmal: Versuch... (Wie Anm. 17), S. 65; Artur Thomsen: 25 Jahre Grenzfriedenshefte. (Wie Anm. 18), S. 141.
- 38 Ernst Beier: Ein Interview und sein Echo. In: GFH 1/1973, S. 35-43, Zit. S. 35.
- 39 Vgl. die entspr. Aufsätze in GFH 2/1977, 1/1968, 2/1980.
- 40 GFH 1/1964.
- 41 Zu diesen Aspekten wie Anm. 2.
- 42 Vgl. Anm. 24.
- 43 Spannungsfeld. S. 93-97.
- 44 Ebd., S. 116-122.
- 45 Artur Thomsen: Die Debatte um den Idstedt-Löwen. In: GFH 3/1992, S. 183-187.
- 46 Spannungsfeld. S. 77-92.
- 47 V. Tams Jorgensen: Drei Jahre deutscher Grenzfrieden in gedruckter Form: Ein Beispiel konstruktiver Toleranz. In: Front og Bro nr. 4 ärg. 7/1956, zit. n. GFH 1/1984, S. 73-75.
- 48 Kürstein, Poul (Hg.): Vores Egne Vindver. Udvalgte Artikler Fra Tidsskriftet Grenzfriedenshefte. Flensburg: Skandia Forlag 1967. Zit. S. 8.
- 49 Spannungsfeld. S. 132.
- 50 Gerhard Beier: Die Bedeutung von Zeitschriften in einer Grenzregion. In: GFH 3/4 / 1978, S. 163-168, Zit. S. 167f.
- 51 Ernst Beier: Noch einmal: Versuch ... (Wie Anm. 17) S.65

Der Schutz von Minderheiten – selbstverständlich und doch aktueller denn je

von WOLFGANG BÖRNSEN

Wer in Regionen mit aktiven Minderheiten lebt, erfährt eine kulturelle wie gesellschaftliche Bereicherung. Der Wettstreit von Ideen ist dort umfassender als anderswo. Die Mehrheit wird mehr in Frage gestellt, die Toleranz steht häufiger auf dem Prüfstand. Im Norden Deutschlands, wo Dänen und Friesen zu Hause sind, ist eine für Europa beispielhafte Minderheitenpolitik Wirklichkeit geworden. Dabei ist die Beachtung der Rechte der Volksgruppen eine entscheidende Voraussetzung für den Frieden in Europa, für eine dauerhafte europäische Friedensordnung. Minderheitenkonflikte sind, denkt man an das Wiedererwachen der nationalen Bestrebungen vor allem in Osteuropa, Zukunftskonflikte. Diese scheinbar nur regional auftretenden Probleme werden sich zu Krisenherden ausweiten, wenn die Politik eine überlegte Minderheitenpolitik versäumt.

Der Schutz von Minderheiten ist für mich Folge unseres christlichen Menschenbildes und gehört zur Würde des Menschen. Er ist christliche Selbstverständlichkeit und Herausforderung zugleich. Gegenwärtig wird nach Abschluß der Beratungen der Gemeinsamen Verfassungskommission im Deutschen Bundestag über die Aufnahme des Minderheitenschutzes in das Grundgesetz diskutiert. Nach dem Votum der Gemeinsamen Verfassungskommission soll das Grundgesetz um einen Artikel 20 b mit dem Wortlaut „Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten“ ergänzt werden. Dänen, Sorben und Friesen erlangen dadurch als regional eingrenzbar Minderheiten einen besonderen Schutz durch unsere Verfassung, eine Sicherheit, die es bereits in der Verfassung von Weimar gab. Diese jetzt mit Stimmen aus allen Parteien des Deutschen Bundestages beschlossene Empfehlung der Gemeinsamen Verfassungskommission ist ein entscheidender und wegweisender Erfolg für den Schutz von Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland. Damit wird erstmals ein kollektiv rechtlicher Schutz von Volksgruppen in das Grundgesetz aufgenommen. Der Rechtsqualität nach handelt es sich bei der durch Artikel 20 b vorgesehenen Achtung der Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten um ein Staatsziel. Es ist logische Konsequenz des von der Bundesrepublik Deutschland stets als Maxime der Politik beachteten Minderheitenschutzes, setzt zugleich aber mit Blickrichtung in unsere Gesellschaft ein Zeichen zugunsten der Minderheiten. Der Weg zu diesem Votum war lang und dornenreich. Neben Gesprächen aller Bundestagsfraktionen mit Bundestagspräsidentin Professor Rita Süßmuth waren auch die von der dänischen, friesischen und sorbischen Volksgruppe in vielen

Vorgesprächen und in der Anhörung vorgetragenen und überzeugenden Argumente hilfreich. Folgt der Deutsche Bundestag dem Votum der Gemeinsamen

Verfassungskommission durch Änderung des Grundgesetzes und Aufnahme des Artikels 20 b zum Minderheitenschutz, würde auf bundesrechtlicher Ebene ein wichtiger Baustein für den Minderheitenschutz gesetzt - beispielhaft für Europa. Auf der Ebene der *Länder* gibt es bereits verfassungsrechtliche Regelungen zum Schutz nationaler Minderheiten und Volksgruppen. So sieht Artikel 5 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung vom 13.6.1990 einen Anspruch auf Schutz und Förderung für die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe im Lande vor. Diese Regelung geht über die beabsichtigte Ergänzung im Grundgesetz hinaus, indem sie einen Anspruch auf Förderung festschreibt. In diesem Punkt besteht auf Bundesebene Nachbesserungsbedarf. Die Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. 5. 1992 gewährleistet und schützt in Artikel 5 Abs. 2 das Recht nationaler und ethnischer Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit auf Bewahrung ihrer Identität sowie auf Pflege ihrer Sprache, Religion, Kultur und Überlieferung. Gemäß Artikel 5 Abs. 3 achtet das Land die Interessen ausländischer Minderheiten, deren Angehörige sich regelmäßig im Land aufhalten. Artikel 6 der Verfassung anerkennt außerdem die im Land lebenden Bürger sorbischer Volkszugehörigkeit als gleichberechtigten Teil des (sächsischen) Staatsvolkes. In der Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. 8. 1992 ist den Rechten der Sorben (Wenden) ein eigener Abschnitt gewidmet.

In der *Europäischen Gemeinschaft* (EG) wird seit einigen Monaten eine „Charta der Volksgruppenrechte“ diskutiert. Die Chancen stehen gut, daß sie noch vor Ende der laufenden Legislaturperiode im Juni 1994 verabschiedet wird. Gelänge dies, so würden allen Volksgruppen in der EG bald einklagbare Verfassungsrechte zustehen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Bürgerrechte des Europäischen Parlamentes, Siegbert Alber, MdEP, führt in seinem Bericht zu Recht aus, daß der Schutz der Rechte von Volksgruppen wie auch der Rechte von Angehörigen solcher Volksgruppen ein „fundamentaler Bestandteil des internationalen Schutzes der Menschenrechte und damit ein wesentlicher Faktor für Frieden, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie“ ist. Die Charta der Volksgruppenrechte sieht ausdrücklich EG-weite Rechte der Volksgruppen vor, so das Recht auf die Bildung eigener politischer Parteien, auf Verwaltungsautonomie, das Recht auf Schutz und Erhaltung der Kulturgüter der Volksgruppe sowie das Recht auf Anbringung von Ortsschildern, Hinweisschildern und Werbeaufschriften mit Bezeichnungen in der Volksgruppensprache oder das Recht auf Gebrauch der eigenen Sprachen in der Öffentlichkeit, vor Gericht und bei den Verwaltungen. Im Bereich des Minderheitenschutzes sollen hier konkrete Rechtsansprüche festgelegt und ein internationaler Rechtsschutz durch den Europäischen Gerichtshof gewährt werden.

Diese Volksgruppencharta darf nicht als unverbindliche Deklaration konzipiert werden, sondern sie muß durch die Einfügung eines entsprechenden Titels in den Vertrag über die Europäische Union auf der Nachfolgekonferenz 1996 in die römischen Verträge integriert werden, will man ihrem Ziel ernsthaft gerecht werden.

Da auch die Volksgruppen außerhalb der zwölf EG-Mitgliedsstaaten schutzbedürftig sind, dürfen die Bemühungen im Rahmen des *Europarates* mit seinen 30 europäischen Mitgliedsstaaten nicht vernachlässigt werden. Die für die Mitglieder des *Europarates* völkerrechtlich verbindliche „Europäische Menschenrechtskonvention“ von 1953 schreibt vor, daß die Gewährleistung der in der Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten nicht aufgrund von Rasse, Sprache, Religion, nationaler Herkunft oder Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit eingeschränkt werden dürfen. Am 26. Juni 1992 ist das Instrumentarium zum Minderheitenschutz innerhalb des Gebietes der Mitgliedsstaaten des *Europarates* durch die „Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ ergänzt worden. In ihrer Präambel wird zutreffend festgestellt, daß einige der „geschichtlich gewachsenen Regional- oder Minderheitensprachen Europas... allmählich zu verschwinden drohen“. Die dänische und sorbische Sprache werden in diese Charta aufgenommen werden. Aber auch die friesische Sprache und das Niederdeutsche sind schutzwürdig und müssen in die Charta einbezogen werden. Für die Aufnahme des Niederdeutschen setzt sich im Bundestag eine überfraktionelle Initiative von rund 70 Parlamentariern ein.

Am 1. Februar 1993 verabschiedete die Parlamentarische Versammlung des *Europarates* eine Empfehlung betreffend ein Zusatzprotokoll über Minderheitenrechte zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Diese neue Empfehlung gewinnt dadurch an Bedeutung, daß sie durch einen „Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten betreffend die nationalen Minderheiten und ihre Angehörigen“ ergänzt wird. Sie stellt fest, daß die Frage des Minderheitenschutzes „von höchster Dringlichkeit ist und zu den wichtigsten Aktivitäten zählt, mit denen sich der *Europarat* gegenwärtig befaßt“. CDU/CSU, SPD, F.D.P. und Bündnis 90 DIE GRÜNEN haben in einem gemeinsam eingebrachten Antrag die Initiative der Parlamentarischen Versammlung des *Europarates* zur Verabschiedung eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention begrüßt und die Bundesregierung aufgefordert, sich aktiv dafür einzusetzen, daß das Zusatzprotokoll anlässlich der Konferenz der Staats- und Regierungschefs des *Europarates* verabschiedet und zur Unterzeichnung aufgelegt wird sowie das Zusatzprotokoll bei diesem Anlaß selbst zu zeichnen und es dem Bundestag zur Ratifikation vorzulegen.

Wie die Bundesregierung hierzu mitteilte, tritt sie „mit großem Nachdruck für das Vorhaben ein und fördert die vorbereitenden Arbeiten, die derzeit im *Europarat* auf Expertenebene in dem Ende 1992 neu eingerichteten Ausschuß zum Schutz nationaler Minderheiten durchgeführt werden“. Die Bundesregierung wies jedoch auf die „reservierte Haltung einiger anderer Mitgliedsstaaten“ hin, weshalb „derzeit noch nicht absehbar“ sei, „ob vor dem Ende des Jahres 1993 ein zeichnungsreifer Entwurf⁴ für das Zusatzprotokoll zur EMRK des *Europarates* vorliegen werde.

Der 1975 in Helsinki begonnene KSZE-Prozeß hat seit dem Ende der kommunistischen Systeme in Osteuropa erhebliche Fortschritte im Minderheitenschutz erbracht.

Zwar sind die Ergebnisse des KSZE-Prozesses nicht völkerrechtlich verbindlich und einklagbar; ihre politische Wirksamkeit haben sie jedoch bereits bewiesen, indem die Prinzipien der KSZE in den bilateralen Verträgen Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn entweder als Vorbild für die Formulierung minderheitenbetreffender Vertragstextpassagen dienten oder indem sie direkt in den Verträgen als Leitlinie staatlichen Handelns festgeschrieben wurden. Innerhalb von gut zwei Jahren wurden im Rahmen von KSZE-Treffen Prinzipien festgelegt, die denen der Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates weitgehend entsprechen. Nach dem „Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE“ vom Juni 1989 sollen von den Teilnehmerstaaten besondere Maßnahmen ergriffen werden, „um die volle Gleichheit von Angehörigen nationaler Minderheiten mit anderen Bürgern bei der Ausübung und dem Genuß der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten“. Die Frage der Zugehörigkeit zu einer Minderheit „ist Angelegenheit der persönlichen Entscheidung eines Menschen und darf als solche keinen Nachteil mit sich bringen“. Angehörige nationaler Minderheiten haben nach dem Dokument das Recht, ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, sie zu bewahren und weiter zu entwickeln. Insbesondere soll ihnen das Recht gewährt werden, sich ihrer Muttersprache frei zu bedienen und in ihr Informationen zu verbreiten.

Für die Mitglieder der *Vereinten Nationen* (UN) existiert seit 1966 der Artikel 27 des völkerrechtlich verbindlichen „Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte“, in dem es heißt, daß in „Staaten mit ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten... Angehörigen solcher Minderheiten nicht das Recht vorenthalten werden (darf), gemeinsam mit anderen Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen“. Im Dezember 1992 verabschiedete die UN-Vollversammlung die „Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören“. In der Präambel der Erklärung betont die Vollversammlung selbst die „wichtige Rolle“, die den Vereinten Nationen beim Schutz von Minderheiten zukommt. In insgesamt neun Artikeln ist das zusammengefaßt, was zum heutigen Standard des Minderheitenschutzes gehört; für Deutschland als UN-Mitglied verbindliche Handlungsgrundlage.

Insgesamt haben die Diskussionen um den Wert von Minderheiten bzw. Volksgruppen und ihren rechtlichen bzw. völkerrechtlichen Schutz seit dem Ende des 2. Weltkrieges deutlich zugenommen, auch besonders auf europäischer Ebene. Vor diesem Hintergrund kann auch die Aufnahme des Minderheitenschutzes in die Verfassung für regional eingrenzbar Volksgruppen nicht mehr abgelehnt werden. Will man das Verständnis vom christlichen Menschenbild und die Unantastbarkeit der Würde des Menschen ernstnehmen, gehört der Minderheitenschutz in das Grundgesetz. In der Gesellschaft ist dafür zu werben, daß die Angehörigen der einzelnen Volksgruppen gleichberechtigte Partner des gesellschaftlichen Zusammenlebens

sind und als solche akzeptiert, geschützt und gefördert werden müssen. Damit ist auch ein wichtiges Fundament zur Sicherung eines dauerhaften Friedens in Europa gelegt. Garantiert das zukünftige Grundgesetz Minderheitenrechte, dann wäre diese Rechtsposition auch ein Signal u. a. für deutsche Minderheiten besonders in Mittel- und Osteuropa. Sie können auf dieses Beispiel verweisen, um einen ähnlichen Status in ihren Herbergsstaaten zu erhalten. Die Bemühungen des Europarates und der KSZE-Staaten erhielten zugleich eine konkrete Verstärkung.

Siegel, Wappen und Fahne der Stadt Flensburg

von BRODER SCHWENSEN¹

1. Die offiziellen Flensburger Stadtsiegel von den Anfängen bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts

Die Verwendung von Siegeln zur Bestätigung von Urkunden seitens deutscher Städte läßt sich bis in das 12. Jahrhundert zurückverfolgen. Die großen Städte des Rheinlandes haben wohl als die ersten eigene Siegel geführt (nachweislich Köln 1149 oder Trier 1171).²

Mit dem beginnenden 13. Jahrhundert ist die Verwendung von Stadtsiegeln in Deutschland schon recht verbreitet. Auch unter den niederdeutschen Städten führen die bedeutendsten alsbald ihr eigenes Siegel, so etwa Lübeck nachweislich ab 1230, Bremen seit 1234 und Hamburg ab 1241.³

Im Schwabenspiegel (1275) schließlich heißt es gar: „Die stete suln och insigel han, doch mit ir herren willen. Und hant si siu wider ir herren willen, so hant si deheine (= keine) craft...“⁴

Hingegen setzt im dänischen Herrschaftsbereich, zu dem auch Flensburg bis zum frühen 14. Jahrhundert ausschließlich zu rechnen ist, eine Siegelüberlieferung der Städte erst im 13. Jahrhundert ein. So datiert das Stadtsiegel Kopenhagens aus dem Jahre 1254 und das Siegel von Odense aus dem Jahre 1257.⁵

1.1 Das älteste Flensburger (Secret-) Siegel (1386)

Flensburg wird 1240 erstmals urkundlich erwähnt⁶ und erhält 1284 durch Herzog Waldemar das Stadtrecht verliehen.⁷ Wann Flensburgs ältestes Siegel oder die früheste Wappendarstellung verfertigt wurde, ist uns unbekannt. Ebenso ist kein besonderer Verleihungsakt überliefert.⁸

Bei dem ältesten erhaltenen Nachweis eines Flensburger Stadtsiegels handelt es sich um *Secret-Siegel-Abdrücke* von 46 mm Durchmesser,⁹ die sich an einem Handelsvertrag zwischen den Städten Schleswig und Flensburg vom 21. Februar 1386¹⁰ sowie an einem Huldigungsbrief von Bürgermeister und Rat der Stadt Flensburg an König Erich und Königin Margarethe vom 24. Oktober 1412¹¹ finden.

Zur terminologischen Klarstellung sei an dieser Stelle erwähnt, daß *Secreta* im allgemeinen zunächst zur Gegensiegelung, d. h. zur Anbringung eines zweiten Stempels auf der Rückseite des *Sigillums* verwendet wurden, welches wiederum für Urkunden bestimmt war, die Geld und Gut betrafen. Über den Gebrauch auch als

¹ Die folgenden Ausführungen entstanden unter Zuarbeit von und in Absprache mit meinem dänischen Kollegen dr. phil. Lars N. Henningsen, Arkivet ved Dansk Centralbibliotek, wofür ihm an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

Geheimsiegel sowie wegen seiner weniger aufwendigen Herstellung setzte sich das Secret-Siegel im 15. Jahrhundert allmählich als eigenständige und bald auch gleichberechtigte Siegelform durch.¹²

Insofern kann die alleinige Secret-Besiegelung des oben genannten und doch recht wichtigen Flensburger Handelsvertrages aus dem Jahre 1386 als untypisch gelten, weshalb an der allgemeinen Entwicklung festgemachte Mutmaßungen über Wert oder Unwert der Flensburger Secretsiegel-Qualität wenig sachdienlich sind.¹³

Dieses früheste uns bekannte, in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts verwendete Secretum (Abb. 1) zeigt - über Wellen und einem Befestigungswerk mit schrägen Böschungen - einen fenster- und torlosen, sechskantigen, eventuell bezinnten Turm mit kugelgeschmückter Spitze, hinter dem zwei zum Betrachter schauende, aus dem Schleswiger Herzogswappen¹⁴ übernommene Löwen¹⁵ halben Leibes sichtbar hervorspringen. Ein Nesselblatt ist noch nicht vorhanden. Die Majuskel-Umschrift lautet:

SECRET[UM] CIVITATIS FLE[N]SBURG[E]NS[IS]

Damit erinnert diese älteste der erhaltenen Flensburger Siegeldarstellungen an das bereits 1295 nachweisbare Sigillum der Stadt Ribe,¹⁶ auf dem ein romanischer Kirchenbau, unverkennbar der Dom, dargestellt ist, hinter dem die drei Löwen des dänischen Wappens hervorbrechen (Abb. 2). Auch hier sind die Löwen nur halben Leibes sichtbar.

Beide Siegel, das ältere von Ribe wie auch das von Flensburg, sind Beispiele monogramatischer Zusammenziehungen eines Landeswappens und eines architektonischen Bildes, dort des Domes, hier eines befestigten Turmes, der entweder die bei St. Johannis vermutete Peberburg¹⁷ oder als pars pro toto die Stadt darstellt.¹⁸

1.2 Das älteste Flensburger Sigillum (1421)

Das älteste Flensburger *Sigillum* ist uns an einer Urkunde Bischof Johanns von Schleswig vom 10. August 1421 erhalten, die im Reichsarchiv zu Kopenhagen verwahrt wird.¹⁹

Auf diesem 40 mm großen Siegel sind die beiden schleswigschen Löwen und der Turm als gleichwertige Bestandteile des Siegelbildes behandelt, während noch auf dem etwas älteren Secretum die Löwen den Hauptbestandteil bildeten. Der Turm mit doppeltem Querband wird ohne ein umgebendes Befestigungswerk gezeigt, er steht an fließendem Wasser und hat im Obergeschoß ein viereckiges Fenster sowie auf der Turmspitze ein Fähnchen erhalten. Eine Vierblattrosette unter dem unteren Löwen dient wohl nur der Raumfüllung. Ein Nesselblatt ist nicht enthalten (Abb. 3). Die Majuskel-Umschrift lautet: SIGILLUM CIVITATIS FLENSBURGENSIS]

1.3 Der bronzene Secret-Siegelstempel (1443)

Im hiesigen Städtischen Museum wird unter der Inventar-Nummer 3826 ein bronzenener Secret-Siegelstempel des Flensburger Rates verwahrt, der um die Mitte des 15. Jahrhunderts im Gebrauch war.²⁰ Das Siegelbild entspricht dem des oben genannten Sigillum, die Darstellung ist aber besser in dem zur Verfügung stehenden Raum positioniert, freie Flächen sind mit Blumen-Motivik gefüllt. Ein Nesselblatt ist auch hier noch nicht vorhanden. Die gotische Minuskel-Umschrift lautet: Secretum consulum in flensborgh²¹

1.4 Erster Nachweis des Nesselblatts (1495)

Ein Flensburger Siegelabdruck *mit Nesselblatt*²² ist erstmals für das Jahr 1495²¹ belegt.²⁴ In der kompositorischen Gestaltung ist das Secretum demjenigen des Jahres 1443 recht ähnlich und auch mit gleicher Umschrift versehen. Neben anderen Schrifttrennungszeichen tauchen hier allerdings erstmals das über dem oberen Löwen eingestellte holsteinische Nesselblatt sowie ein seitlich am Turm ausgeführter Erker auf (Abb. 5).

Dieses Siegel wurde nachweislich auch in den Jahren 1507 und 1511 geführt.²²

1.5 Mutmaßung über die Motivation zur Hineinnahme des Nesselblatts in das Flensburger Stadtsiegel

Eine Hineinnahme des Nesselblatts in das Siegel bzw. Wappen einer schleswigschen Stadt ist nicht auf Flensburg beschränkt. Wir stoßen auf dieses Phänomen auch im Stadtwappen von Burg auf Fehmarn (das zum schleswigschen Dukat zählte),²⁶ wo es seit 1407 nachweisbar ist,²⁷ oder im Friedrichstädter Wappen, das auf ein „SIGILLUM FRIDERICOPOLITANUM“ aus dem Jahre 1625 zurückgeführt wird.²⁸

Es erhebt sich nun die Frage, durch wen, warum und wann das Nesselblatt während der Jahre 1443 bis 1495 in das Flensburger Siegel gelangte.²⁹ Da der Gebrauch eines Flensburger Stadtsiegels ohne Nesselblatt noch für das Jahr 1443 belegt ist,³⁰ scheiden vor diesem Zeitpunkt liegende Ereignisse als Begründungen für die erst seit 1495 nachweisbare Hineinnahme des holsteinischen Nesselblatts in das Flensburger Siegel wohl aus, - also etwa die Erstürmung der Duburg im Jahre 1431 durch die Schauenburger Grafen oder die im gleichen Jahr erfolgte Übertragung des Stadtrechts in das Niederdeutsche.

Eine allein auf die Gewinnung der Stadtherrschaft der Schauenburger gründende Siegelergänzung, wie sie insbesondere Kirmis vertrat,³¹ ist für die Jahre zwischen 1444 bis 1459 gleichwohl nicht auszuschließen. Es stellt sich allerdings die Frage, warum die Schauenburger eine derartige symbolische Betonung ihrer Stadtherrschaft nicht bereits im 14. Jahrhundert, etwa nach 1326 (Constitutio Valde-ariana samt anschließender Belehnung des Schauenburger Grafen Gerhard des Großen mit dem Herzogtum Schleswig, Pfandherrschaft der Schauenburger über Flensburg)

oder 1386 (Verständigung zu Nyborg samt anschließender Belehnung des Schauenburgers Gerhard VI. mit Schleswig), oder im frühen 15. Jahrhundert (nach 1431) Vornahmen.³²

Die Siegelergänzung um das Nesselblatt kann daher auch andere, jenseits der Schauenburger Herrschaftstitel und damit erst nach dem Jahr 1459³³ anzusetzenden Begründungen gehabt haben. Da uns keinerlei Quellen direkten Aufschluß über Urheber, Datum und Motivation der Siegelergänzung geben, ist eine endgültige Erklärung bislang nicht zu bieten. Die folgenden Überlegungen bleiben daher, wenn auch wohlbedacht entwickelt, spekulativ:

Eine Hineinnahme des Nesselblatts in das Stadtsiegel wird gelegentlich auch mit dem bald nach 1460 erlangten Recht Flensburgs begründet, städtische Deputierte zum ständischen schleswig-holsteinischen Landtag entsenden zu dürfen.³⁴ Zudem wurden 1483 und späterhin im 16. und 17. Jahrhundert auch in Flensburg Landtage abgehalten.³⁵

Neben dem Mangel an Quellenbelegen, die für einen derartigen Kausalnexus sprechen, ist zu bedenken, daß keine andere, ebenfalls am Landtag teilnahmeberechtigte schleswigsche Stadt das Nesselblatt mit einer derartigen Begründung in ihr Stadtwappen aufnahm. Außerdem waren auf den Landtagen die Wirkungsmöglichkeiten der Städte, gemessen am Einfluß von Ritterschaft und Prälaten, recht unbedeutend. Nachweisbare Vorteile für die Belange der Stadt Flensburg sind für den fraglichen Zeitabschnitt aus dem Vertretungsrecht nicht erkennbar,³⁶ wobei allerdings die sehr begrenzte Quellenüberlieferung zu berücksichtigen ist.

Eine solitäre Wappenergänzung durch Bürgermeister und Rat mutet für den fraglichen Zeitraum ebenfalls unwahrscheinlich an. Noch in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts stellte das Siegel ein hochgeschätztes Beglaubigungsmittel dar, dessen Änderung nicht ohne weiteres angängig war, zumal Flensburg der Botmäßigkeit des Landesherrn unterstand.

Angesichts der unzureichenden Quellenlage ist es gleichwohl nicht gänzlich auszuschließen, daß nach einer, allerdings nicht überlieferten Rücksprache mit dem Landesherrn schon zur Regierungszeit Christian I. (1460-1481) für Flensburg eine Siegelergänzung um das holsteinische Nesselblatt erfolgt ist.

Eine andere Erklärung der Siegelergänzung um das Nesselblatt könnte in den rechtswahrenden Ansprüchen von König Hans auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein liegen.³⁷

Die auf Graf Adolf I. zurückgehende Schauenburger Grafenlinie war 1459 mit dem Tode Graf Adolfs VIII. ausgestorben. Seit 1460 herrschte der Oldenburger Dänenkönig Christian I. als Herzog über Schleswig und Holstein, der seinerseits im Jahre 1481 verstarb. Nachfolger auf dem dänischen Thron wurde als König Hans (1481-1513) sein Sohn Johann.

1483 war König Hans lediglich zusammen mit seinem noch minderjährigen Bruder Friedrich als Herzog von Schleswig und Holstein gehuldigt worden. Und auch in den

Folgejahren sollte es König Hans nicht gelingen, Friedrich mittels des Kaufes eines Kanonikats in Köln in die geistliche Laufbahn abzudrängen. Nach Erlangung der Regierungsmündigkeit Friedrichs wurde daher 1490 auch auf Betreiben der Königinwitwe Dorothea eine Teilung der Herzogtümer vorgenommen, bei der Herzog Friedrich den gottorpischen und König Hans den sogenannten Segebergischen Anteil, einschließlich Flensburg, erhielt.

Gleichwohl besaß König Hans entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung in beiden Herzogtümern und hielt gegenüber Friedrich stets einen rechtswahrenden Anspruch auf Schleswig und Holstein aufrecht, - vielleicht auch um den königlichen Machtbereich gleichsam bis vor die Tore der an Einfluß verlierenden hansischen Führungsmacht Lübeck sowie des erstarkenden Hamburgs ausdehnen und arrondieren zu können.³⁸

So ist es immerhin vorstellbar, daß König Hans zwecks Betonung seines grundsätzlichen Anspruchs wie auch seiner faktischen Einflußnahme auf das deutsche Holstein in das Siegel Flensburgs als der zweifellos bedeutendsten ihm unterliegenden Stadt in den Herzogtümern über dem schleswigschen Löwenpaar ergänzend das holsteinische Nesselblatt einarbeiten ließ, wie es erstmals für das Jahr 1495 bezeugt ist. Die Datierung einer derartigen, auf die Herrscherinteressen König Hans zurückgeführten Siegelergänzung wäre auf die Jahre von 1483 (oder gar erst 1490) bis 1495 eingrenzbare.

Aufgrund der derzeitigen Quellenlage ist jede Festlegung auf nur eine der drei genannten historischen Motivationen zur Flensburger Siegelergänzung um das Nesselblatt (Schauenburgische Stadtherrschaft, Flensburgs Teilnahme an den Schleswig-Holsteinischen Landtagen oderein rechtswahrendes Herrschaftsinteresse von König Hans) unseriös. Es bleibt zu hoffen, daß in der Zukunft weitere Abdrücke Flensburger Siegel aus den Jahren zwischen 1443 und 1495 auftauchen werden.³⁹

2. Offizielle Flensburger Stadtsiegel des 16. bis 19. Jahrhunderts

2.1 Secretum mit Doppelfenster im Turm

Für die Jahre 1555 bis 1617 ist der Gebrauch eines weiteren Secretsiegels nachzuweisen, das wiederum das Nesselblatt über dem Löwenpaar zeigt.⁴¹ Die Schweife sind um die Löwenkörper geschlagen. Im oberen Stockwerk des Turms befinden sich zwei längliche, aneinanderliegende Fenster, darüber zwei runde Vertiefungen, im unteren Stockwerk ein kleines Erkerfenster. Der seitliche Erker ist mit einer Kugel samt aufgesetztem Kreuz bekrönt (Abb. 6). Die Majuskel-Umschrift lautet: SECRETUM SENATUS CIVITATIS FLENSBORG

Der zugehörige Metallstempel (Abb. 7) mit Holzschäft wird im Städtischen Museum Flensburg unter der Inventar-Nummer 3694 verwahrt.⁴¹

2.2 Das Secretum mit länglichem Einzelfenster im Turm

Für die Jahre 1551 bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist ferner ein Secret-Siegel bezeugt, das ebenfalls das Nesselblatt über dem Löwenpaar zeigt.⁴² Im oberen Stockwerk des schlanken Turms befindet sich ein längliches Fenster, darüber zwei runde Vertiefungen; im Untergeschoß ein kleines Erker-Fenster. Der Giebel des Seitenerkers trägt eine kleine Kugel mit einem Kreuz (Abb. 8). Die Majuskel-Umschrift lautet: SECRETUM SENATUS CIVITATIS FLENS- BORG

Der zugehörige Eisen-Stempel (Abb. 9) mit Holzschaft wird im Städtischen Museum Flensburg unter der Inventar-Nummer 3827 verwahrt.⁴³

2.3 Siegelführung in den Jahren 1851-1864

Soweit nachweisbar, wurden ausschließlich die drei letztgenannten Siegel (sämtlich mit Nesselblatt) nach 1495 bis in die 1870er Jahre bei offiziellen Beurkundungen der Stadt Flensburg (Bürgermeister und Rat) benutzt.⁴⁴ Dieser Umstand ist umso bemerkenswerter als den Jahren 1851 bis 1864 eine besondere Bedeutung innerhalb der Flensburger Stadtgeschichte zukommt. Nach der schleswig-holsteinischen Niederlage im Dreijahreskrieg avancierte Flensburg, wiederum unter gesamtstaatlichem Regiment, anstelle von Schleswig zur Hauptstadt des Herzogtums Schleswig. Die Schleswigsche Regierung, die Zentralkasse, das Oberappellationsgericht, das Generalkommando und, ab 1854, auch der Bischof siedelten in die Fördestadt über. Zwischen 1853 und 1863 tagte zudem die Schleswigsche Ständesammlung in Flensburg. Zugleich wurde das dänische Element auf administrativem Wege gefördert.⁴⁵ Vor diesem Hintergrund möchte man annehmen, daß neue Stadtsiegel-Stempel geschnitten wurden. Dies war aber bezüglich des vom Bürgermeister und Rat verwendeten Siegelstempels offensichtlich nicht der Fall. Tatsächlich findet sich in den von mir eingesehenen Unterlagen auch für diese Jahre kein regulärer Siegelabdruck des Rates ohne Nesselblatt. Lediglich in der Form vorgedruckter Formular-Siegelbilder ist das Stadtwappen bzw. -Siegel ohne Nesselblatt wiedergegeben.

Für die damit sehr wahrscheinliche Annahme, daß auch in den dänischen Jahren zwischen 1851 und 1864 in Flensburg kein neuer Stadtsiegel-Stempel geschnitten wurde, spricht zudem die bemerkenswerte Tatsache, daß sich noch 1861 auf *einem* Schriftstück (Abb. 10, S. 249) sowohl ein regulärer, d.h. mittels Siegellack ausgeführter Abdruck des Secret-Siegels mit Nesselblatt als auch das vorgedruckte Formular-Siegelbild ohne Nesselblatt befinden,⁴⁶ - ein Umstand, der seinerzeit offenbar niemanden gestört hat.

Ein weiteres Indiz dafür, daß das Nesselblatt in jenen Jahren selbst dänischgesinnten Teilen der Flensburger Bevölkerung keineswegs als untragbar erschien, mag das Faktum sein, daß die St.Knuds-Gilde selbst noch 1863 mit einem deutschsprachigen und mit Nesselblatt versehenen Gildesiegel urkundete⁴⁷ (Abb. 11).

2.4. Preußische Zeit (bis 1900)

Nach 1864 ist weiterhin das hergebrachte Secretsiegel mit Nesselblatt in offiziellem Gebrauch, bis 1873 (erstmal nachweisbar) ein geändertes Secretum verwendet wird. Dieses neue Stadtsiegel (Abb. 12) mit der Umschrift „Secretum Senatus Civitatis Flensburg“ zeigt statt eines gebänderten nun einen gemauerten Turm, das schleswigsche Löwenpaar sowie das Nesselblatt in einer veränderten Ausführung, wodurch die seinerzeit als selbstverständlich empfundene Zugehörigkeit dieses Symbols zum Flensburger Siegelbild unterstrichen wird.⁴⁸

Ebenfalls seit den späten 1870er Jahren war zudem ein, dem oben genannten Secretsiegel nachgestalteter Farbstempel im Gebrauch (Abb. 13), der die Umschrift „Siegel der Stadt Flensburg“ trägt und neben Löwenpaar und Turm mit ausladendem Erker auch das Nesselblatt mit eingesetztem geteilten Schild zeigt.⁴⁹ *Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß in den offiziell geführten Stadtsiegeln von 1495 bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts stets auch das Nesselblatt gezeigt wurde.*

3. Inoffizielle Darstellungen des Flensburger Siegel- bzw. Wappenbildes bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts

Wie bereits erwähnt, ist bis in die Anfänge unseres Jahrhunderts hinein weder ein besonderer Verleihungsakt noch eine sonstige offizielle schriftliche Festlegung des Flensburger Siegel- bzw. Wappenbildes überliefert. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, wenn inoffizielle Darstellungen des Flensburger Siegel- und Wappenbildes, wie wir sie in der Literatur einschließlich Kartenwerken oder an Gebäuden finden, zum Teil erheblich voneinander abweichen.

3.1 Beschreibungen und Abbildungen in Druckwerken

Eine frühe literarische Beschreibung und Abbildung (Abb. 14) des Flensburger Stadtwappens bietet Elvervelt (1592): „In clypeo validae stant propugnacula turris, armeniae servant monstra gemella ferae.“⁵⁰ Ein ebenfalls frühes literarisches Zeugnis liefert Andreas Angelus (1597):

„Vom Wapen der Stadt Flensburg. Diese Stadt hat zum Wapen und Insigel einen hohen Thurn/ oder eine Burg/ daraus zweene Löwen halb heraus sehen/ wie folgende Figur ausweiset. Welch Wapen ihnen die Hertzogen von Schließwig geben/ so gleichfals Löwen führen.“⁵¹

Ein Nesselblatt wird weder erwähnt noch gezeigt (Abb. 15). Danckwerths „Newe Landesbeschreibung“ (1652) enthält keine Hinweise auf das Flensburger Wappen bzw. Siegel.

Im Westphalen (1739) aber finden wir folgende Beschreibung: „Urbis insigna sunt propugnaculum seu turris, ex quo leones duo caput exserunt“. ⁵² Ein Nesselblatt wird hier, wie auch bei Hansen (1770) ⁵³ nicht erwähnt.

Hingegen zeigt die Wappenabbildung, wie wir sie im Stich des E.F.S. von Worgewitz aus dem Jahre 1741 betrachten können, über dem Löwenpaar auch das Nesselblatt, ⁵⁴ letzteres wird gleichfalls in der Wappenabbildung auf der Flensburger Stadtfeldkarte von 1779 gezeigt, wo es in eine Toröffnung am Turmfuß eingestellt ist. ⁵⁵ Interessant ist der doppelte Hinweis auf das Flensburger Siegel- bzw. Wappenbild in Pontoppidans „Danske Atlas“ aus dem Jahre 1781. Dort ist einerseits eine Abbildung des Secretsiegels mit Turmerker und Nesselblatt wiedergegeben, andererseits aber wird das Nesselblatt in der gesonderten schriftlichen Beschreibung nicht erwähnt. ⁵⁶ Auch die bei Reventlow-Farve/Warnstedt gebotene Wappensammlung schleswig-holsteinischer Landschaften und Städte (1847) zeigt für das Flensburger Stadtwappen ein in die Turmtür eingestelltes Nesselblatt. Der Blason lautet: „In goldenem Feld ein rother Thurm mit blauem Dach; aus zwei rechten Fenstern springen übereinander zwei blaue halbe Leopardlöwen hervor. In der schwarzen Thür das silberne Nesselblatt mit weiß und roth quergetheiltem Herzschild“. ⁵⁷ Ähnlich äußert sich von Schröder (1854), der ebenfalls das Nesselblatt als Bestandteil des Flensburger Wappens erwähnt. ⁵⁸

Auf die gedruckten Formular-Siegelstempel ohne Nesselblatt, wie sie in den Jahren 1851-1864 in Gebrauch waren, wurde oben bereits hingewiesen. Ebenso enthält auch die Wappendarstellung in Behrens „Charte des Areal der Stadt Flensburg“ (1856) kein Nesselblatt. ⁵⁹

Aus der preußischen Zeit bis zur Jahrhundertwende finden sich in der Literatur Überlieferungsformen des Flensburger Wappens mit und ohne Nesselblatt. So zeigen die Flensburger Adreßbücher das Stadtwappen zunächst gar nicht, sodann in den Jahren 1879-1898 ohne und seit 1899 einschließlich Nesselblatt. ⁶⁰ Holdt bietet 1884 das Wappen mit Nesselblatt. ⁶¹

3.2. Überlieferungen des Flensburger Wappens an bzw. in Gebäuden

Eine aus der Nikolai-Kirche stammende, jetzt im Städtischen Museum verwahrte geschnitzte Eichenholztafel aus dem Jahre 1578 zeigt das Stadtwappen in einer unter den uns bekannten Siegeln nicht vorkommenden Form. Die Löwen, mit dem Beschauer zugewendeten Köpfen, springen aus Fenstern eines runden erkerlosen Turmes. Da dem Künstler eine kompositorisch stimmige Einfügung des Nesselblatts im Schildhaupt offensichtlich Mühe oder Unbehagen bereitete, gab er dem Turm eine Tür, in die er sodann das Nesselblatt einstellte. ⁶² Grundsätzlich gilt, daß bei Hineinnahme eines Tores in den Turm zumeist das Nesselblatt anstatt über dem Löwenpaar nun in der Toröffnung gezeigt wird, - so etwa in der Wappentafel am Flensborg Hus in der Norderstraße (1725), an der Johannis-Kirche (1741) am Neptunbrunnen

auf dem Nordermarkt (1758) oder in der Tafel am Nordertor (1767).

Über dem Eingang des Klosters wird das Stadtwappen mit Nesselschild in einer allerdings eher modern anmutenden Form gezeigt, weshalb die für die Fassade angegebene Datierung auf das Jahr 1638 bezüglich des Wappens zweifelhaft erscheint. Gleichfalls befindet sich ein Stadtwappen mit Nesselblatt auf der von Kirchhoff 1866 gefertigten, in der Nikolai-Kirche befindlichen Gedenktafel für die Gefallenen von 1848-50.

Hingewiesen sei auch auf die Flensburger Stadtwappen an der Fassade des ehemaligen, 1875-1878 erbauten Regierungsgebäudes zu Schleswig sowie in den Lichtfenstern des zeitgleich erstellten Aula-Gebäudes der alten Universität Kiel, das im letzten Kriege durch Bomben zerstört wurde. Im erstgenannten Falle nehmen die Löwen in 3/4-Figur den breitesten Raum ein, zum Teil gedeckt vom bis an den linken Schildrand zurückgedrängten Turm ohne Ausbau. Das Nesselblatt befindet sich im rechten Obereck. Im zweiten Falle wird ein runder, mit Ausbau versehener Mauerturm gezeigt, aus dessen Fenstern zwei winzige halbe Leopardlöwen herausragen. Der Turm steht auf einem grünen Hügel, das Nesselblatt ist in das rechte Obereck gerückt.⁶³

Ohne Nesselblatt zeigt sich die aus der Werkstatt Heinrich Ringerings stammende Wappenplatte vom Ausgang des 16. Jahrhunderts am Kompagnietor, deren Original heute im Treppenaufgang des Städtischen Museum zu betrachten ist. Und auch die Toröffnung im Stadtwappen an der Knudsborg/Munketoft (1844) scheint von jeher ungefüllt gewesen und die Darstellung gänzlich ohne Nesselblatt ausgeführt worden zu sein.

So bleibt festzuhalten, daß im Gegensatz zur seit 1495 stringenten Siegelüberlieferung die Beschreibungen oder Abbildungen des Flensburger Wappens bzw. Wappenbildes in Druckwerken oder an bzw. in Gebäuden bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts hinsichtlich der Erwähnung oder Hineinnahme des Nesselblattes schwanken. Eine Periodisierung erscheint nicht möglich, allenfalls kann für die Zeit König Christians IV. hinsichtlich der inoffiziellen Darstellungen auf einen durchgängigen Verzicht des Nesselblattes hingewiesen werden.

4. Amtliche Feststellungen des Flensburger Wappens und der Flensburger Fahne im 20. Jahrhundert

4.1 Feststellung und Genehmigung des Stadtwappens 1901

Der Umstand, daß das Flensburger Stadtwappen bislang nicht offiziell festgelegt worden war und, wie gezeigt, in recht mannigfaltiger Form dargestellt wurde, führte im Jahre 1899 zu dem Beschluß, den renommierten Heraldiker Prof. Dr. Kirmis, Neumünster, mit der Ermittlung der ursprünglichen bzw. geschichtlich überlieferten

Gestalt des Wappens zu beauftragen. Die von Prof. Kirmis vorgenommenen, umfangreichen Untersuchungen erstreckten sich u.a. auch auf das im Reichsarchiv zu Kopenhagen, im Staatsarchiv zu Schleswig sowie im Flensburger Kunstgewerbemuseum vorhandene Material.⁶⁴

Prof. Kirmis erkannte rasch, daß zur Klärung der gestellten Fragen vorrangig auf die Überlieferung der offiziellen Stadtsiegel zurückzugreifen sei, wobei ihm jedoch der Abdruck aus dem Jahre 1495 gänzlich unbekannt blieb und ihm auch nur eine ungefähre Datierung des heute für das Jahr 1443 bezeugten Abdrucks möglich war. Auf Grund seiner Recherchen formulierte Kirmis schließlich folgende Wappenbeschreibung:

„In Gold zwei kleine, rechtsschreitende Leopardlöwen, halb gedeckt von einem an fließendem Wasser stehenden, rothen blaubedachten Thurme; über den Löwen in rothem Felde die silberne holsteinsche Nessel.“⁶⁵

Anhand des erstatteten Gutachtens erarbeitete der Direktor des Flensburger Kunstgewerbe-Museums, Dr. H. Sauermann, einen Entwurf des Stadtwappens, der in der Sitzung der Städtischen Kollegien am 28. Dezember 1900 zur Feststellung gelangte.⁶⁶ Am 1. Mai 1901 genehmigte Wilhelm II. in seiner Funktion als König von Preußen das Flensburger Stadtwappen, wobei allerdings das Königliche Heroldsamt in Berlin nach einer Mustervorlage die Gestaltung des Wappenschildes mit aufgesetzter Mauerkrone verfügte⁶⁷ (Abb. 16).

Die im Jahre 1901 festgelegte Ausführung des Stadtwappens in einem unhistorischen Schild, der überdies mit einer backsteinernen Mauerkrone samt einem verschlossenen Tor beschwert wurde, stieß in Heraldiker-Kreisen frühzeitig auf Kritik.⁶⁸ Insbesondere Nöbbe setzte sich in den 1930er Jahren, als neben der Ahnenforschung auch die Wappenkunde eine Renaissance erlebte, für eine heraldisch korrekte, allein auf die frühe Siegelüberlieferung fußende Revision des 1901 festgestellten Wappens ein.⁶⁹

Wohl 1935/1936 wurde der Flensburger Kunstmaler Johannes Holtz daraufhin mit der Ausarbeitung eines geänderten Wappenentwurfs beauftragt.⁷⁰ Der heraldisch korrigierte Entwurf (ohne Mauerkrone, gebänderter statt gemauerter Turm, Nesselblatt wiederum mittig im Schildhaupt) konnte am 27. August 1936 während einer Beratung des Oberbürgermeisters mit den Gemeinderäten präsentiert werden. Seitens des anwesenden dänischen Vertreters I. C. Möller wurden bei dieser Gelegenheit keine Einwände gegen ein weiteres Verbleiben des Nesselblatts im Stadtwappen vorgetragen.⁷¹

Das geänderte Wappen wurde sodann zwecks Prüfung und Befürwortung an den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein gesandt, der gemäß §§ 11 und 117 Abs. 3 DGO per Erlaß vom 19. Januar 1937 seine Genehmigung für die untenstehende Wappendarstellung (Abb. 17) erteilte.⁷²

4.3 Das Stadtwappen in der Nachkriegszeit (1945-1951)

Seitens des Flensburger Hauptamtes wurde in der Nachkriegszeit stets die Gültigkeit des am 19. Januar 1937 genehmigten Stadtwappens (mit Nesselblatt) betont. Heraldisch interessierten Personen wurden in den Jahren 1946 und 1947 entsprechende Postkarten mit rückseitig aufgedrucktem Stadtwappen übersandt.⁷³

Als gemäß Runderlaß des Ministerium des Innern vom 22. August 1947 dem Staatsarchiv farbige Ausfertigungen der Stadt- und Gemeindewappen einzureichen waren, da die dortige Sammlung im Kriege zerstört worden war, nahm das Hauptamt - mit ausdrücklicher Befürwortung durch Museumsdirektor Fuglsang - im Herbst/Winter 1947/48 wiederum auf das 1937 genehmigte Wappen Bezug.⁷⁴ Da aber das Stadtwappen nicht nur im Amtsblatt der Jahre 1947-1949, sondern offensichtlich auch von einigen städtischen Einrichtungen gleichwohl ohne Nesselblatt gezeigt wurde, wies das Hauptamt im Dezember 1949 nochmals auf die ausschließliche Gültigkeit des 1937 genehmigten Wappens hin.⁷⁵ Dieser Hinweis mußte im Jahre 1951 wiederholt werden, da zum Ärgernis einiger Ratsmitglieder in einzelnen Verwaltungsbereichen weiterhin das Wappen in unvorschriftsmäßiger Form verwendet wurde.⁷⁶

4.4 Heutige offizielle Darstellung des Stadtwappens und des städtischen Dienstsiegels

Ausgehend von der 1937 allein aus heraldischen Gesichtspunkten getroffenen Entscheidung heißt es in der heutigen, auf Ratsbeschluß fußenden Hauptsatzung der Stadt Flensburg zum Stadtwappen (Abb. 18):

„Das Wappen der Stadt Flensburg zeigt auf goldenem Grund einen von schrägfließenden blau-weißen Wellen umgebenen roten Turm mit blauem Dach, die Schleswiger Löwen hinter dem Turm nach links hervorspringend und oben in der Mitte das Nesselblatt.“⁷⁷

Bezüglich des städtischen Dienstsiegels (Abb. 19) gilt laut Flensburger Hauptsatzung:

„ Das Dienstsiegel zeigt das Stadtwappen mit der Umschrift 'Stadt Flensburg'.“⁷⁸

5. Fahnen über Flensburg

5.1 Zur Flensburger Flaggengeschichte

Eine reguläre Flensburger Stadtfahne hat bis in das frühe 20. Jahrhundert hinein nicht existiert.

Zwar ist zu vermuten, daß schon im Mittelalter über Flensburg die Reiterbanner zunächst der Waldemare, sodann der Herzoge aus Abels Geschlecht und schließlich der Schauenburger sowie zum Beginn des 15. Jahrhunderts als Schiffsfahne die Unionsflagge der dänischen Könige geweht haben. Auch scheint manches dafür zu sprechen, daß schon zum Ausgang des 15. Jahrhunderts die Schiffe wie auch die

Heeres-Aufgebote Schleswigs und Holsteins, samt dem Flensburger Kontingent, die rot-goldenen oldenburgischen Farben in einer Streifenfahne führten. Richtig ist zudem, daß im Zuge des dänischen Absolutismus 1685 für die königlichen Gebietsanteile Schleswigs und Holsteins die obligatorische Einführung des Danebrogs (bis 1864) erfolgte, wie auch in der preußischen und Kaiserzeit (1867/1871 -1918) die schwarz-weiß-rote Flagge gezeigt wurde.⁷⁹ Diese Fahnen aber waren die dynastischen oder nationalstaatlichen Zeichen der jeweiligen Landesherrn. Sie galten auch in anderen Städten des zugehörigen Herrschaftsbereiches und waren insofern nicht typisch für Flensburg.

Die erste als solche angesprochene Flensburger Stadtfahne (Abb. 20) zeigt auf einem längsgeteilten, blau-gelben Fahnentuch mittig aufgesetzt das Stadtwappen in der Ausführung von 1901.⁸⁰ Wann und durch wen diese Fahne geschaffen und erstmals gezeigt wurde, ist unklar. Eine derartige Kombinationsfahne aus Stadtfarben (blau-gelb) und Wappen hätte schon bald nach der 1901 erfolgten Wappen-Feststellung erstellt werden können. Aber weder in den Sitzungsprotokollen der städtischen Gremien noch in den Verwaltungsberichten der Stadt, weder in den einschlägigen Unterlagen der Regierung oder in der Ortspresse ließen sich für die Jahre 1901-1910 Hinweise auf eine derartige Fahne ermitteln. Eine Fotografie aus dem Jahre 1909 zeigt zwar anlässlich der Grundsteinlegung der Petri-Kirche eine mit dem Stadtwappen versehene Fahne, - deren Fahnentuch aber ist nicht blau-gelb gestreift, sondern in einer dunklen uni-Farbe gehalten.⁸¹ So gewinnt Nöbbes Mitteilung, wonach die 1936-38 geänderte, sogenannte alte Stadtfahne erstmalig 1910 über Flensburg wehte,⁸² an Glaubwürdigkeit. Für das Jahr 1910 und die Folgezeit ließen sich weitere Quellenhinweise, etwa bezüglich einer Genehmigung durch städtische oder Regierungsstellen, allerdings nicht ermitteln.

5. 3 Neu-Feststellung und Genehmigung der Flensburger Stadtfahne (1936-1938)

Bei Ablieferung seines Wappenentwurfs im August 1936 wies Johann Holtz gegenüber Oberbürgermeister Kracht auch auf eine sinnvollerweise vorzunehmende Neugestaltung der, das Stadtwappen zeigende alten Stadtfahne hin. Holtz riet dabei von der Verwendung eines blau-gelb längsgestreiften Fahnentuches ab, da sonst eine unklare und heraldisch unrichtige Formgebung entstünde.⁸³ Wenige Tage später unterrichtete daraufhin OB Kracht die Gemeinderäte darüber, daß parallel zur Neufassung des Stadtwappens eine Änderung auch der Stadtfahne erwogen würde.⁸⁴ Nachdem auch der „Reichsbeauftragte für künstlerische Formgebung“, Prof. Schweitzer,⁸⁵ sowie die NS-Stadtkreisleitung⁸⁶ ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Änderung der Stadtfahne erklärt hatten, berieten Oberbürgermeister und Gemeinderäte am 18. Dezember 1936 erstmals ausführlicher über die Formgebung der neuen Stadtfahne. Wiederum wurde das im Stadtwappen gezeigte Nesselblatt nicht beanstandet. Meinungsunterschiede bestanden zu diesem Zeitpunkt allein

hinsichtlich der Farbgebung des Flaggentuches.⁸⁷

Der Reichsbeauftragte für künstlerische Formgebung plädierte im Juni 1937 nach Vorlage sämtlicher Entwürfe für den „ruhigen“ Holtz'schen Entwurf mit dem Stadtwappen auf blauem Grund. Vorschläge, die das Fahnentuch, wie bei der alten Stadtfahne, in ein blaues und gelbes Feld aufteilen, lehnte er ab, ebenso Entwürfe mit dem Stadtwappen auf gelbem Grund.⁸⁸

Vor diesem Hintergrund wurde im Oktober 1937 die Gestaltung der Stadtfahne nochmals mit den Gemeinderäten beraten. Die abwesenden Ratsherren und Beigeordneten wurden aufgefordert, sich bei späterer Gelegenheit gleichwohl sämtliche Entwürfe anzusehen und ihre Stellungnahme schriftlich nachzureichen.⁸⁹ Eine mangelnde Mitsprachemöglichkeit etwa für die dänischen Vertreter kann nicht festgestellt werden. Tatsächlich trat Ratsherr I.C. Möller in der Sitzung am 19. Oktober 1937 in längeren Ausführungen nunmehr für die Beseitigung des holsteinischen, in seinen Augen untypischen Nesselblatts aus Stadtwappen und Stadtflagge ein, konnte sich mit seiner Auffassung allerdings nicht durchsetzen.⁹⁰ Der Holtz'sche Entwurf „Stadtwappen auf blauem Grund“ fand mehrheitlich die Zustimmung der Befragten. Zusammen mit anderen Vorschlägen wurde er im November 1937 abermals bei dem Reichsbeauftragten für künstlerische Formgebung zur Begutachtung eingereicht,⁹¹ der sodann den Holtz'schen Entwurf mit folgenden Vorgaben zur Ausführung empfahl:

„Abstände vom weißen Flaggenlied bis zur Wappenkante 106 cm, Wappenbreite 115 cm, Wappenkante bis zum Flaggenende 164 cm. Gesamtlänge 385 cm. Dem Vorschlag einer helleren Tönung des blauen Grundtuches ist zuzustimmen, die Andeutung des Mauerwerkes im Turm ist jedoch entbehrlich, ja schädlich, da das Gesamtbild durch zu große Durchführung von Einzelheiten allzu unruhig wird...“⁹²

Auf der Grundlage dieser Empfehlung sowie einer weiteren Anhörung der Gemeinderäte am 17. Dezember 1937, in der sich L. P. Christensen für die Beibehaltung eines gelb-blauen Fahnentuches und gefühlsmäßig gegen den „trübe wirkenden“ Entwurf auf blauem Grund aussprach,⁹³ erbat OB Kracht vom Oberpräsidenten die Genehmigung der neuen Stadtfahne,⁹⁴ welche dort am 30. Juni 1938 gemäß § 11 und § 117 Abs. 3 DGO erteilt wurde.⁹⁵ Über die erteilte

Genehmigung informierte Oberbürgermeister Kracht am 18. Oktober 1938 die Gemeinderäte,⁹⁶ und im folgenden Jahr wurde dem Verwaltungsbericht eine farbige Wiedergabe der neuen Stadtfahne beigeheftet.⁹⁷ Bis Dezember 1939 konnten sodann 35 Fahnen untenstehender Ausführung (Abb. 21) beschafft werden.⁹⁸ In dänischen Kreisen blieb gleichwohl ein Unbehagen über das als Fremdkörper gedeutete Nesselblatt im Stadtwappen zurück.⁹⁹ Allerdings konnte bislang kein Quellenbeleg für den in „Flensburg Bys Historie“ gegebenen Hinweis ermittelt werden, wonach die Flensburger Stadtfahne nach dem Kriege in der Zeit der dänischen Ratsmehrheit stadtseitig ohne das Nesselblatt gehißt worden sei.¹⁰⁰ In der Ratssitzung am 5. 4. 1961 beantragte die SSW-Fraktion anlässlich der Verabschiedung der Hauptsatzung,

ein blau-gelb-gestreiftes Fahmentuch mit mittig plaziertem Stadtwappen (wieder-)einzuführen. Der Antrag wurde bei vier Stimmenthaltungen mit Mehrheit abgelehnt. Das Nesselblatt im Stadtwappen blieb bei dieser Gelegenheit unbeanstandet.¹⁰¹ Bezüglich der Stadtfahne - die in der Hauptsatzung auffälligerweise nicht als *Dienstflagge* bezeichnet wird - heißt es heute in der Hauptsatzung der Stadt Flensburg: „Die Stadtflagge zeigt auf blauem Fahmentuch in der Mitte das Stadtwappen“.¹⁰²

Anmerkungen:

1. Siehe Seite 241
2. Kittel, Erich, Siegel, Würzburg 1970, S.294f..
3. Nöbbe, Erwin, Die älteren Siegel und das Stadtwappen von Flensburg, in: Unser Schleswig 1934. Der Kalender der deutschen Nordmark, o. O., S. 31.
4. Kittel, S. 316
5. Grandjean, Poul Bredo, Dansk Sigillografi, Kobenhavn 1944, S. 19.
6. Siehe dazu: Hoffmann, Erich, Die Entstehung Flensburgs; in: Flensburg - 700 Jahre Stadt. Eine Festschrift, Bd. 1: Flensburg in der Geschichte, Flensburg 1984, S. 23-58, spez.: S. 30, Anm. 30.
7. Schütt, Hans Friedrich, Zum Flensburger Stadtrecht; in: Flensburg - 700 Jahre Stadt. Eine Festschrift, Bd. 1: Flensburg in der Geschichte, Flensburg 1984, S. 9-22, spez. S. 17.
8. Der Hinweis des Angelus', daß die Schleswiger Herzoge Flensburg das Wappen verliehen hätten (Angelus, Andreas, Holsteinische Chronica, o. O., 1957, Teil II, S. 23) ist mit Blick auf den zweifelhaften Quellenwert der seinerzeitigen Historiographie kritisch zu betrachten.
9. Photographisch wiedergegeben bei: Grandjean, Poul Bredo, Slesvigske Kobstaxlers og Herreders Segl indtil 1660, Kobenhavn 1953, S. 14 und Tafel 2d.
10. Vgl.: Sejdelin, H. C. P., Diplomatarium Flensborgense. Sämling af Aktstykker til Staden Flensborgs Historie indtil Aaret 1559. Förste Bind, Kpbenhavn 1865, S. 128f.
11. Sejdelin, S. 203f.
12. Ilgen, Th./Gritzner, E./Friedensburg, F., Sphragistik - Heraldik - Deutsche Münzgeschichte (= Grundriß der Geschichtswissenschaft, Bd. 1, Abtl. 4), Leipzig/Berlin 1912, S. 32f.
13. Vgl. etwa die öffentlichen Auslassungen eines E. Fischers über Wesen und Gebrauch des angeblich geheimen und minderwertigen Flensburger Sekreetsiegels (FT, 12.6.93).
14. Das Wappen des Herzogtums Schleswig zeigt zwei blaue Löwen im goldenen Feld und ist als sogenanntes gemindertes Wappen vom dänischen Königswappen mit seinen drei blauen Löwen auf goldenem Grund abgeleitet. Sein erster Träger war wohl Herzog Abel, seit er 1232 im Herzogtum Schleswig regierte (Schütt, Hans Friedrich, Bemerkungen zu Wappen, Fahnen und Flaggen in Schleswig-Holstein; in: Mare Balticum. Beiträge zur Geschichte des Ostseeraums in Mittelalter und Neuzeit, hg. von W. Paravicini, Sigmaringen 1992, S. 195-202, hier: S. 197.
15. Grandjean deutet die Tierabbildungen bis in das frühe 16 Jh. als Leoparden, dann als Löwen (Grandjean, Slesvigske Købestæders og Herreders Segl, S.14). Nöbbe wählt von Anbeginn die Bezeichnung Löwen (Nöbbe, Die älteren Siegel, S. 32), ebenso Schütt (Schütt, Bemerkungen zu Wappen, Fahnen und Flaggen, S. 195).

16. Abgebildet bei: Grandjean, Poul Bredo, Danske Kpbstaeders Segl indtil 1660, Kpbenhavn 1937, S. 36 und Tafel 14d.
17. Hoffmann, Entstehung Flensburgs, S. 30.
18. Eine gelegentlich noch kolportierte, auf das Werk „Flensborg Bys Historie“ (Band II, S. 370) zurückgehende Auffassung, wonach der Flensburger Wappenturm auf die Duburg zurückgehe, ist abwegig. Wie erwähnt, wird der Turm bereits 1386 gezeigt, die Duburg aber wurde erst 1411/12 erbaut.
19. Abgebildet bei: Grandjean, Slesvigske Kpbstasders og Herreders Segl, S. 14 und Tafel 2f.
20. Die in den Museums-Unterlagen vorgenommene Datierung auf 1350 ist nicht seriös. Der frühere Gebrauchsnachweis dieses Secrets datiert vom 17. Juni 1443. Vgl.: Grandjean, Slesvigske Kpbstteders og Herreders Segl, S. 14.
21. Abgebildet bei: Grandjean, Slesvigske Kpbstasders og Herreders Segl, Tafel 2g und 2h.
22. Die Grafen von Holstein führten ursprünglich einen steigenden Löwen im Wappen. Noch Graf Adolf IV. verwendete diese Wappen in seinem Siegel bis zu seinem Rücktritt 1238. Andererseits verwendete Graf Adolf IV. schon 1229, also zwei Jahre nach der Schlacht von Bornhöved, nachweislich das Nesselblatt als Nebenwappen neben dem alten Löwenwappen.
Stephans Ursprungs-Deutung des Nesselblatts als gezackter Schildrand, terminologisch aber wohl besser als gezackte Schildborte (Grandjean), hat sich durchgesetzt. Unter den Söhnen Adolfs IV. trat das Nesselblatt dann aus seiner untergeordneten Rolle als Nebenwappen heraus und wurde auch auf den Reitersiegeln verwendet. Der schauenburgische Löwe verschwand.
Nach der erblichen Belehnung Graf Gerhards VI. mit den Herzogtum Schleswig im Jahre 1386 wurden die (gekrönten) schleswigschen Löwen und das holsteinische Nesselblatt erstmals in einem Wappenschild vereinigt. Dieser Wappenschild war geviertelt und zeigte je zweimal Löwenpaar und Nesselblatt. Dies bedeutet aber nicht, daß das Nesselblatt oder das Löwenpaar ihre jeweilige Bedeutung eingebüßt hätten. Die Lehensverhältnisse des deutschen Holsteins und des dänischen Schleswigs waren ja durchaus verschieden.
Vgl.: Stephan, W., Das holsteinische Nesselblatt, seine Herkunft und Bedeutung; in ZSHG 61, 1933, S. 1f - Ders., Das Nesselblatt als Nebenwappen Graf Adolf IV. von Holstein-Schauenburg; in: ZSHG 63, 1935, S. 343f-Grandjean, Dansk Sigillografi, S. 115ff. - Schütt, Bemerkungen zu Wappen, Fahnen und Flaggen, S. 195ff.
23. LA Schleswig, Urk. Abt. 178, Nr. 12 (1495, September 09).
24. Abbildung bei: Grandjean, Slesvigske K0bst;eders og Herreders Segl, Tafel 3a.
25. Grandjean, Slesvigske K0bstaeders og Herreders Segl, S. 14.
26. Zur wechselvollen Geschichte der Insel Fehmarn siehe: Hoffmann, Erich, Spätmittel- alter und Reformationszeit (= Geschichte Schleswig-Holsteins, Band 4.2), Neumünster 1990, S. 343f.
27. Vgl.: Grandjean, Slesvigske Kpbstaeders og Herreders Segl, S. 13 und Tafel 1e.
28. Schlothfeld, Hans. Schleswig-Holsteinische Kreis- und Ortswappen, Neumünster 1964, S. 30f.
29. Nach Auskunft des Kopenhagener Archivarskollegen und Sphragistikers Nils G. Bartholdy sind für die Jahre zwischen 1443 und 1495 keine weiteren als die bei Grandjean aufgeführten Flensburger Siegelabdrücke überliefert.
30. Wiedergegeben bei: Sejdelin, S. 507 ff.

31. Sta. Flensburg IIC 205, Gutachten von Prof. Dr. M. Kirmis über das Wappen der Stadt Flensburg, 10. 12. 1900.
32. Hoffmann, Spätmittelalter und Reformationszeit, 166ff, 207 ff.-Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt, Flensburg 1966, S. 32.
33. Die herrschende Schauenburger Grafenlinie starb mit dem Tod Graf Adolfs VIII. im Jahre 1459 aus.
34. 700 Jahre Stadt Flensburg, 1284 bis 1984 (= Kleine Reihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Heft 11), Flensburg 1984, S. 31 f und S. 33. An dieser Stelle sei jedoch daraufhingewiesen, daß für den in der genannten Literatur als Faktum formulierten Kausalnexus zwischen dem Teilnahmerecht städtischer Entsandter am Landtag und der Hineinnahme des Nesselblatts in das Stadtwappen kein Quellenbeleg beizubringen ist. Insofern kann diesbezüglich nur eine Vermutung geäußert werden.
35. Vgl.: Schütt, Hans Friedrich (Hg.), Zeittafel zur Flensburger Stadtgeschichte, Flensburg 1956, passim.
36. Dazu: Hoffmann, Erich, Anfänge des Parlamentarismus in Schleswig-Holstein, Kiel 1985, S. 6 - 700 Jahre Stadt Flensburg. 1284 bis 1984 (= Kleine Reihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Heft 11), Flensburg 1984, S. 31 ff.
37. Nach einem freundlichen Hinweis von Herrn Dr. Schütt, Flensburg.
38. Hoffmann, Spätmittelalter und Reformation, S. 307f. - Danmarks Historie, Bind 2: Tiden 1340-1648. Forste Halvbind: 1340-1559, af Kai Hwrby og Mikael Venge, Gyldendalske Boghandel, Copenhagen 1980, S. 222f. - Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt, S. 60f. - Flensburg Bys Historie, 1. Bind: Tiden indtil 1720, Kpbhavn 1953, S. IIIff.
39. Es ist immerhin vorstellbar, daß in den jüngsten Rücklieferungen an das Lübecker Archiv oder auch in noch ungeordneten bzw. bislang unzugänglichen Urkundenbeständen östlicher Hanse- oder Ostseestädte zukünftig Flensburger Siegel aus dem 15. Jahrhundert aufgetan werden könnten.
40. Grandjean, Slesvigske Købestæders og Herreders Segl, S. 15 und Tafel 3f.
41. Abbildung bei: Grandjean, Slesvigske Købestæders og Herreders Segl, Tafel 3g.
42. Grandjean, Slesvigske Købestæders og Herreders Segl, S. 14 und Tafel 3d.
43. Grandjean, Slesvigske Købestæders og Herreders Segl, S. 14 und Tafel 3e.
44. Dieses Urteil stützt sich neben der Auswertung der einschlägigen Literatur auf eine intensive Durchsicht folgender Überlieferungen: Städtisches Museum Flensburg: Siegelsammlung.-Stadtarchiv Flensburg, Urkundenabteilung und Altes Verwaltungsarchiv. - Landesarchiv Schleswig, Urkunden-Abteilung C (Schleswig) / Urkunden-Abteilung 20 (Herzoge von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Plön) / Urkunden-Abteilung 186 (Stadt Schleswig) Abteilung 10 (Königliche Statthalterschaft)/ Abteilung 11 (Regierungskanzlei zu Glückstadt) / Abteilung 13 (Obergericht zu Gottorf) / Abteilung 26 (Schleswig-Holsteinische Hauptkasse) / Abteilung 49 (Schleswig-Holsteinische Regierung zu Gottorf 1834-1850) / Abteilung 50 c (Schleswigsches Obergericht) / Abteilung 50 d (Appellationsgericht zu Flensburg) / Abteilung 65.2 (Deutsche Kanzlei) / Abteilung 79 (Ministerium für das Herzogtum Schleswig) / Abteilung 167 (Amt Flensburg) / Abteilung 403 (Siegelsammlung).
45. Schwensen. Broder, Flensburg in der Geschichte - Von den Anfängen bis heute, in: Flensburg im Wandel, hg. von U. Schubert, Hamburg, 1992, S. 4-18, hier: S. 13.
46. Stadtarchiv Flensburg, Urkunden-Abteilung Nr. 1861.07.20.
47. Abbildung bei: Henningsen, Lars N., Foreningsarkiver i Arkivet ved Dansk Centralbibliotek

- for Sydslesvig, Flensburg 1992, S. 35.
48. Landesarchiv Schleswig, Abteilung 403.1 Siegelsammlung. B. Ortschaften: Flensburg.
 49. Vgl.: Stadtarchiv Flensburg, Urkunden-Abteilung, Nr. 1877.10.31.
 50. Elvervelt, Jonas ab, De Holsatia, Hamburg 1592, Classis 111, Flensburga. - Für die Zureichung der Elvervelt-Notiz sei Herrn Dr. Kraack, Flensburg, gedankt.
 51. Angelus, Teil II, S. 23.
 52. Westphalen, Ernestus Joachimus de, Monumenta inedita rerum Germanicarum prae-cipue Cimbricarum et Megapolensium, Tomus I, Lipsiae (= Leipzig) 1739, Sp. 55 und Tafel E.
 53. Hansen, Johann Friedrich, Voll ständigere Staatsbeschreibung des Herzogthums Schleswig, Flensburg 1770, S. 336.
 54. Vgl.: Klose, Oiaf/Martius, Lilli, Ortsansichten und Stadtpläne der Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg; Neumünster 1962, Bildband S. 50.
 55. Vgl.: Weigand, Karl, Flensburg Atlas, Flensburg 1978, Karte 11.
 56. Pontoppidan, Erik, Danske Atlas, Bind VII, Kpbenhavn 1781, S. 152 u. S. 366.
 57. Reventlow-Farve, E./Warnstedt H. A. von, Festgabe für die Mitglieder der XI. Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe, Altona 1847, Titelblatt und S. 415f.
 58. Schröder, Johannes von, Topographie des Herzogthums Schleswig, Oldenburg i. H. 1854, S. 143.
 59. Sta. Flensburg, XIV K/P O 483, Charte des Areals der Stadt Flensburg, Lithographiert von H. P. Behrens, 1856.
 60. Adreßbuch der Stadt Flensburg, Flensburg 1847 ff.
 61. Holdt, A. C. C., Flensburg früher und jetzt; Flensburg 1884, Titelblatt.
 62. Abgebildet in: Barfod, Jörn, Kirchliche Kunst in Schleswig-Holstein. Katalog der Sammlung des Städtischen Museums Flensburg, Heide 1986, S. 115. - Siehe auch: Nöbbe, Erwin, Die älteren Siegel, S. 33. - In Übereinstimmung mit Kirmis (Stadtarchiv Flensburg, IIC 205, Gutachten von Prof. Dr. Kirmis über das Flensburger Stadtwappen, 10. 12. 1900) stammt nach Nöbbe die Holztafel aus der Flensburger St. Marien-Kirche.
 63. Stadtarchiv Flensburg, IIC 205, Gutachten von Prof. Dr. Kirmis über das Flensburger Stadtwappen, 10. 12. 1900. - Nöbbe, Die älteren Siegel, S. 33f. - Beseler, Hartwig, Bauten in Schleswig-Holstein 1830-1930, Heide 1980, S. 17f.
 64. Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1895-1902, Flensburg 1903, S. 3 lf.
 65. Sta. Flensburg, II C 205, Gutachten von Prof. Dr. Kirmis über das Flensburger Stadtwappen, 10. 12. 1900.
 66. Sta. Flensburg, II A 1, Bd. 3: Beschluß-Protokoll der Städtischen Kollegien 1895-1902, S. 302 und S. 351. - Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1895-1902, S. 32.
 67. LA Schleswig Abt. 309 Nr. 19396, Minister des Innern an Regierungspräsident, 22. 5. 1901.- Der mauerbekrönte Wappenschild wurde im gleichen Jahr auch für das Wappen von Kellinghusen verfügt (LA Schleswig, Abt. 309 Nr. 19396, Minister des Innern an Regierungspräsident, 16. 8. 1901).
 68. Hupp, Otto, Die Wappen und Siegel der deutschen Städte, Flecken und Dörfer, H. 3: Provinz Sachsen und Schleswig-Holstein, Frankfurt a. M. 1903, S. 59 und S. 63f.
 69. Vgl.: Nöbbe, Die älteren Siegel, S. 34.
 70. Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1936-1937, Flensburg 1938, S. 2f.
 71. Sta. Flensburg, II A 2, Bd. 13, Niederschrift aus der Beratung des Oberbürgermeisters mit

- den Gemeinderäten, 27. 8. 1936.
72. Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1936-1937, S. 2.
 73. Sta. Flensburg, II C 742, Entwurfsscheiben Oberbürgermeister an Oberpräsident, 7. 8. 1945 / Hauptamt an W. Kleinloh, 13. 6. 1946 / Hauptamt an E. Bardelli, 8. 1. 1947.
 74. Sta. Flensburg, II C 742, Hauptamt an Museumsdirektor Fuglsang, 13. 9. 1947 / Fuglsang an Hauptamt, 22. 9. 1947 / Hauptamt an Staatsarchiv, 26. 2. 1948. Die seinerzeit eingesandte Vorlage befindet sich heute in der Handakte, Stichwort Flensburg, bei Herrn Archivdirektor Dr. Reißmann, Schleswig, dem an dieser Stelle für seine freundlichen Auskünfte gedankt sei.
 75. Amtsblatt der Stadt Flensburg, 20. 12. 1949, Nr. 127.
 76. So wurde das Stadtwappen auf den Ärmelabzeichen städtischer Arbeiter oder den Mützenabzeichen der Straßenbahner ohne Nesselblatt verwendet (Sta. Flensburg, II C 742, Vermerk Stadtbürodirektors Brömel, 8. 10. 1951). - Des weiteren liegt dem Stadtarchiv ein schriftlicher Hinweis vor, wonach in der Nachkriegszeit zumindest einem ausscheidenden dänischen Ratsmitglied ein Flensburger Stadtwappen ohne Nesselblatt als Abschiedsgabe übergeben worden ist. Unklar bleibt bislang allerdings, ob es sich dabei um ein offiziell-städtisches oder um ein inoffiziell-fraktionsinternes Geschenk handelte.
 77. Hauptsatzung der Stadt Flensburg, Flensburg 1987, § 1, Abs. 1.
 78. Hauptsatzung der Stadt Flensburg, § 1, Abs. 4. - Korrekt weist Schurdel diesbezüglich auf eine terminologische Unrichtigkeit hin. Im Dienstsiegel wird nicht das Wappen, das stets einen umgebenden Schild erfordert, sondern lediglich das, zudem leicht abgewandelte Wappenbild gezeigt (Vgl.: Schurdel, Harry D., Die Hoheitszeichen der kreisfreien Stadt Flensburg, in: Schleswig-Holstein, 2/1985, S. 20-21, hier: S.21).
 79. Schütt, Bemerkungen zu Wappen, S. 195ff. - Hauptamtsakte „Festakt 1984“, Bd. 3.
 80. Ein Exemplar befindet sich in den Beständen des Städtischen Museums Flensburg.
 81. Sta. Flensburg, XIV Fot 1908.03.08.
 82. Sta. Flensburg, IIC 741, Bd. ENöbbean städtischen Bürodirektor Hansen. 26.5. 1937
 83. Sta. Flensburg, II C 741, Bd. 1, Holtz an Oberbürgermeister, 23. 8. 1936.
 84. Sta. Flensburg, IIA 2, Bd. 14, Beratung des Oberbürgermeisters mit den Gemeinderäten, 27.8. 1936.
 85. Sta. Flensburg, II C 741, Bd. I, Reichsbeauftragter für künstlerische Formgebung, gez. Schweitzer, an Oberbürgermeister, 22. 10. 1936.
 86. Sta. Flensburg, II C 741, Bd. I, Kreisleiter Kahle an Oberbürgermeister, 8. 12. 1936.
 87. Sta. Flensburg, II C 741, Bd. 1, Beratung des Oberbürgermeisters mit den Gemeinderäten, 18. 12. 1936.
 88. Sta. Flensburg, 11 C 741, Bd. 1, Reichsbeauftragter für künstlerische Formgebung an Oberbürgermeister, 19. 6. 1937.
 89. Sta. Flensburg, II A 2, Bd. 13, Beratung des Oberbürgermeisters mit den Gemeinderäten. - Sta. Flensburg, II C 741, Bd. 1, Hauptkanzlei an die ferngebliebenen Ratsherren und Beigeordneten, 21. 10. 1937.
 90. Vgl.: Sta. Flensburg, II C 741. Bd. 1, Vermerk des Oberbürgermeisters, 20. 10. 1937, sowie - ebenda - Rücklauf der schriftlichen Stellungnahmen. - Wie erwähnt, zeigen mit Burg auf Fehmarn und Friedrichstadt neben Flensburg auch andere alte schleswig-sche Städte das Nesselblatt im Stadtwappen.
 91. Sta. Flensburg, II C 741, Bd. 1, Oberbürgermeister an Reichsbeauftragten für

- künstlerische Formgebung, 9. 11. 1937.
92. Sta. Flensburg, II C 741, Bd. 1, Reichsbeauftragter für künstlerische Formgebung an Oberbürgermeister, ohne Datum (Eingangsstempel: 2. 12. 1937).
 93. Sta. Flensburg, II A 2, Bd. 13, Öffentliche Beratung mit den Gemeindebeiräten, 17. 12. 1937. - Arkivet ved Dansk Centralbibliotek, Flensburg avis arkiv 24, notat af L. P. Christensen ad 17. 12. 1937.
 94. Sta. Flensburg, II C 741, Bd. 1, Oberbürgermeister an Oberpräsident (über Regierungspräsident), 21. 3. 1938.
 95. Sta. Flensburg, II C 741, Bd. 1, Oberpräsident an Regierungspräsident, 30. 6. 1938 (abschriftlich über Regierungspräsident an Oberbürgermeister, 9. 7. 1938).
 96. Sta. Flensburg, IIA 2, Bd. 13, Öffentliche Beratung des Oberbürgermeisters mit den Gemeinderäten, 18. 10. 1938.
 97. Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg März 1938-März 1939, Flensburg 1939, S.2.
 98. Sta. Flensburg, II C 741, Bd. 1, Vermerk vom 5. 12. 1939 (gez. Kracht).
 99. Vgl. das aus dem Jahre 1942 stammende auf V. J. von Holstein-Rathlou zurückgehende Sonett „Flensborgs Byvaaben“, Arkivet ved Dansk Centralbibliotek, Nachlaß Holstein-Rathlou, P 135.
 100. Flensburg Bys Historie, Band 2, S. 370.
 101. Sta. Flensburg, II A 1, Bd. 23, Ratsprotokoll vom 5. 4. 1961.
 102. Hauptsatzung der Stadt Flensburg, Flensburg 1987, § 1 (3).

Der Idstedt-Löwe - Ende eines Mythos?

Bericht über eine dänisch-deutsche Ausstellung

von GÜNTER WEITLING

Die Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten, die bei der Vorbereitung der beachtenswerten Ausstellung: „Der Flensburger Löwe - Eine Ausstellung über ein nationales Denkmal und dessen Schicksal“, einigen Rednern zufolge nicht ausgeblieben seien, vermochten die Eröffnungsfeierlichkeit am 14. 10. 1993 im Museum im Sonderburger Schloß nicht zu trüben. Deutsche und dänische Gäste aus Nord und Süd empfanden den Ablauf als angemessen und sachgerecht wie auch die Atmosphäre voller grenzüberschreitender Harmonie.

Die angesprochenen Differenzen waren dann auch ausschließlich von ausstellungs-technischer und inhaltlicher Natur, keinesfalls jedoch in nationalen Gegensätzen begründet. Das größte Problem scheint die Unterbringung der 3,75 m hohen Kopie des „Problem-Löwen“ im Schloß-Museum gewesen zu sein. Der Löwe mußte buchstäblich das Gemäuer durchbrechen. Um die maßgerechte Kopie des Monuments an den Ausstellungsort zu schaffen, war die Herausnahme eines Fensters sowie der Abbruch eines Teiles der Mauer notwendig geworden.

Ob auch die Ausstellung selbst der heftigst umstrittenen Frage der Rückführung des Löwen an den ursprünglichen Standort auf dem Alten Friedhof in Flensburg zu einem Durchbruch bzw. einer Lösung verhelfen wird, ist abzuwarten.

Vorab ist in aller Deutlichkeit zu sagen, daß sowohl die Reden der verantwortlichen Museumsleute, die Ausstellung selbst sowie eine inhaltlich hervorragende Buch Veröffentlichung des „Südschleswigschen Museumsvereins u.a.“ zu einer Versachlichung des Themas beitragen, und mit den Worten des Flensburger Museumsdirektors Dr. Schulte-Wülwer dem Löwen-Denkmal den „Mythos der Einzigartigkeit“ nehmen. Nach den überhitzten Debatten der vergangenen Jahre, die in bezug auf eine „Verteidigung der gemeinsamen Geschichte“ des Grenzlandes kein Ruhmesblatt darstellen, ist die Ausstellungsinitiative des „Südschleswigschen Museumsvereins“ dankbar zur Kenntnis zu nehmen. Sie kann sich qualitativ sehen lassen und könnte diejenigen Denkanstöße liefern, die einen neuen Ansatz der Debatte zur Folge haben könnten. Eine Sonderausstellung, welche die Frage der Einordnung und des Verständnisses von nationalen Monumenten exemplarisch am umstrittenen Idstedt-Denkmal zu verdeutlichen sucht, ist eine Herausforderung vielschichtiger Art. Die Ausstellung betrachtet das Monument in einem sehr breiten geschichtlichen und kunsthistorischen Kontext. Rezeptionsgeschichte und Fragen der wechselnden und völlig verschiedenen Symbolgehalte des Denkmals kommen nicht zu kurz. Die Tatsache des Zustandekommens der Ausstellung ist bereits an sich als ein Erfolg zu

werten. Sie präsentiert sich als grenzüberschreitendes Lehrstück besonderer Art.

Nur auf der Grundlage eingehender und differenzierter Untersuchungen, wie sie in der Ausstellung und der genannten Publikation zum Ausdruck kommen, wird sich letztendlich politisch entscheiden lassen, wie in Bezug auf den Standort des Idstedt-Löwen und vergleichbarer Denkmäler zu verfahren ist.

Sehr deutlich brachte die Sonderburger Museumsinspektorin, Inge Adriansen, es in ihrer Einführungsrede zum Ausdruck, daß weder Kulturhistoriker noch Löwen-Enthusiasten der einen oder anderen Kategorie über den Standort zu befinden haben. Ob der Löwe im Hof des Kopenhagener Zeughausmuseums zu bleiben habe, oder ob die Zeit für eine Aufstellung in Flensburg reif sei, das sei eine ausschließlich politische Angelegenheit. Aufgabe der Historiker und Kunsthistoriker ist es in der Tat, diejenigen Bausteine des Wissensfundaments zu liefern, worauf eine politische Entscheidung letztendlich zu fällen ist.

Einen vergleichbaren Standpunkt hat der Leiter des Sekretariats der deutschen Volksgemeinschaft in Kopenhagen, Chefredakteur Siegfried Matlock, in seiner beachtenswerten Rede „Streit um einen Löwen“ vom 15. 9. 1992 vertreten. Nötig sei „Toleranz zum fairen Dialog“, der in eine „politische Entscheidung“ ausmünde. Der „gesamte Fragenkomplex deutscher und dänischer Denkmäler/Kunstschätze...“ sei wissenschaftlich zu prüfen mit dem Ziel, ein „einvernehmliches“ Ergebnis vorlegen zu können. Die grenzüberschreitend erarbeitete Ausstellung ist in diesem Sinne als ein markanter Schritt auf dem Wege der Versachlichung und Entemotionalisierung zu werten.

Das Monument, das von dem in Schleswig geborenen H. W. Bissen geschaffen wurde, stimmt voll und ganz mit den Prinzipien des damaligen nationalliberalen Kulturprogramms überein und ist als dänisches Siegesmonument und Gefallenendenkmal einzuordnen. Eindrucksvoll schilderte Museumsdirektor Ove Mogensen, Tønder, die dramatische Genesis des Denkmals, das u.a. während der Entstehung nachts zusammenbrach und neu modelliert werden mußte. Ein vom „Sønderjyllands Kunstmuseum“ hergestelltes Video schildert den Thorvaldsen-schüler Bissen als Exponenten des dänischen Nationalcharakters seiner Zeit.

Die Schlacht bei Idstedt, die am 25. Juli 1850 stattfand und zum Zusammenbruch des schleswig-holsteinischen Heeres führte, war außerordentlich blutig. Die Enthüllung des Löwen-Denkmals fand am 12. Jahrestag der Schlacht statt. Von Anbeginn an hat es die Gemüter zu erhitzen vermocht. Einer Überlieferung zufolge sollen die Wolken im Moment der Enthüllung die Sonne freigegeben haben. Diese habe das große Monument, welches auf einem Sockel gleicher Höhe angebracht war, erleuchtet und im Glanz einer höheren Weihe erscheinen lassen. Nicht alle Anwesenden, u.a. H. C. Andersen und Bischof Jörgen Hansen, vermochten die optischen Vorahnungen in bezug auf das Königreich Dänemark und den Löwen zu teilen. Das Siegesmonument blieb dann auch nur 2 1/2 Jahre an seinem Platz in Flensburg. Nach

der Besetzung Flensburgs durch deutsche Truppen im Jahre 1864 wurde der Idstedt-Löwe nach Berlin gebracht und sein Sockel gesprengt. Die Spuren der Anlage auf dem Alten Friedhof wurden beseitigt. 1945 transportierten amerikanische Einheiten das Denkmal nach Kopenhagen, wo es König Christian X. als Geschenk übergeben wurde. Im Hof des Zeughausmuseums fand die Odyssee ein vorläufiges Ende.

Das Hin und Her um den Idstedt-Löwen, die Rezeptionsgeschichte und damit verbundene Problemfelder werden in einem besonderen Raum am Schluß der Ausstellung visualisiert. Im großen ganzen folgt die Ausstellung in ihrem Aufbau der Geschichte des Monuments. Nach einer allgemeinen Einführung in das Thema (Raum 1) folgt im Raum 2 eine Darstellung der Problematik: zerstörte Denkmäler. Aus didaktischer Sicht ist diese für das Grenzland wichtige Problemstellung sicherlich der anspruchvollste Teil der Ausstellung. An Hand des Idstedt-Löwen wird der Versuch einer exemplarischen Darstellung der deutschdänischen Denkmalsproblematik unternommen. Die Fülle der Denkmäler Schleswigs wird durch eine Anhäufung von weißen Kopien des Löwen auf Sockeln unterschiedlicher Höhe angedeutet.

Die Zerstörung manch kleinen und großen Denkmals des Grenzlandes an den entscheidenden Nahtstellen der Geschichte - 1864, 1920, 1945 - wird durch einen Leuchter aus Südschleswig, aus Metall des Löwen angefertigt, und ein Bronzeblatt vorn 1945 gesprengten Knivsbergdenkmal symbolisiert.

In den Räumen 3-5 stellen das Flensburger Museum und „Sønderjyllands Kunstmuseum“ Gesamtwerk und Bedeutung des Bildhauers Bissen dar, während das Sonderburger Museum im großen Raum 6 an Hand von Gemälden und einem Schlachtenzenarium Eindrücke und Deutungen der Idstedtschlacht vermittelt. In diesem Teil der Ausstellung kommen einige unbewußt vorhandene und bewußt eingearbeitete Kontraste am deutlichsten zum Ausdruck. Neben mehreren großen Darstellungen dieser größten Schlacht des Nordens, u. a. von Jörgen Sonne, fällt Frederik Vermehrens Ruhe vermittelnde Darstellung vom Kriegsalltag 1849 auf. Eindrucksvoll wird der wehmütige Abschied eines Reservisten von Frau und Kindern gezeigt.

Motiviert und informiert durch Einstimmungen in die generelle Problematik sowie durch die kundige Einführung in die kunsthistorischen und historischen Zusammenhänge widmen die Räume 7 und 8, die wie die ersten beiden Räume durch den „Südschleswigschen Museumsverein“ gestaltet wurden, sich ausschließlich dem Idstedt-Löwen und seiner Geschichte.

Eine 1945 im Maßstab 1:1 angefertigte Kopie ermöglicht eine Vorstellung davon, wie sich das Monument auf einem rekonstruierten Sockel und am hochgelegenen Ort des Alten Flensburger Friedhofes gegebenenfalls auswirken wird.

Dieser und andere Gesichtspunkte ästhetischer Art werden zu berücksichtigen sein, wenn das erklärte Ziel der Ausstellung, zu einem besseren Verständnis für den Idstedt-Löwen im Grenzland beizutragen, erreicht werden soll.

Aller Sachlichkeit zum Trotz, ließen die Historiker und Kunsthistoriker, die zu Worte kamen, ihre Meinung über den „Gebrauch“ des Löwen und dessen Einwirkung auf

die deutsch-dänischen Relationen durchaus durchblicken.

Mehrfach waren der Ausgangspunkt der Überlegungen die 1992 in den „Grenzfriedensheften“ (Nr. 1) geäußerten Ansichten. Inge Adriansen stellte zwar mit Recht fest, daß es weit wichtigere Fragen des Grenzlandes gebe als die Plazierung des Idstedt-Löwen. Doch wünschte sie wie der Vorsitzende des „Sydslesvigs Museumsforenig“, Dieter Küssner, daß die Worte der Festreden in Taten umgesetzt würden, und daß die Debatte um den Löwen vor dem 75-jährigen Jubiläum des Plebiszits im Jahre 1920 zu einem würdigen Abschluß gebracht werden könne. (.)b dies durch den Verbleib beim Zeughausmuseum oder durch eine Überführung nach Flensburg zu geschehen habe, blieb offen.

Dr. Schulte-Wülwer berief sich ebenfalls auf die Ausführungen des Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes, Artur Thomsen, im Artikel: „Die Zeit ist reif. Der Löwe soll zurückkehren“. Sein Plädoyer für Flensburg wertete die Rückkehr des Löwen in einem breiten zeitgeschichtlichen Zusammenhang als „Nagelprobe“ der Vorbildfunktionen des Minderheitenverhältnisses im deutsch-dänischen Grenzland. Die Ausstellung, die ab Ende Januar 1994 im Städtischen Museum in Flensburg zu sehen sein wird, ist Dr. Schulte-Wülwer zufolge didaktisch richtungweisend für weitere gemeinsame grenzüberschreitende Projekte.

Die Ausstellung scheint mir ein weiteres Glied einer Kette zu sein, die ein verändertes Denkmalebewußtsein im Grenzland andeutet. Ein weiteres Glied war die 1986 durch dänische Bürger des Dorfes Nübel im Sundewitt erfolgte Restaurierung eines 1945 zerstörten preußischen Gefallenendenkmals. 1988 bahnte eine gemeinsame Ausstellung des Bürgervereins in Hadersleben und des „Deutschen Museums Nordschleswig“ der Kaiserstatue, die bis 1919 auf dem Südermarkt gestanden hatte, den Weg zu einem angemessenen Platz im Garten des Hadersiebener Museums.

1989 errichteten das deutsche und dänische Rote Kreuz einen Stein in deutscher und dänischer Sprache auf der Düppel-Höhe zum Gedenken der ersten Rot-Kreuz-Observateure im Jahre 1864.

Bei der Realisierung der genannten Initiativen standen konkrete Anlässe oder auch die zufällige gute Gelegenheit Pate für die Erneuerung. Im Falle des Idstedt-Löwen ist eine Lösung komplizierter. Sie setzt den politischen Willen des dänischen Folketing, lokaler Gremien (z. B. das Flensburger Stadtparlament) und einen gewissen Konsens der Bevölkerungsteile des Grenzlandes voraus.

Der Weg des Löwen, der zum Verständnis eines gemeinsamen geschichtlichen Weges, der sich aus einem Gegeneinander in ein Neben- und Füreinander entwickelte, führt, wird demnach länger sein als derjenige anderer weniger bedeutsamer Denkmäler. Mit dem alten deutschen Sprichwort wird somit zu gelten haben, daß man „den Mann an der Geduld erkennt“.

Ob die Zeit für den Löwen reif ist, das werden u.a. Ausstellungen wie „Der Flensburger Löwe/Istedløven“ mit abzuklären haben. Insofern stellte die Ausstellung nicht nur eine Herausforderung der Museumswelt (Dieter Küssner), sondern auch der

Bewohner des deutsch-dänischen Grenzlandes dar. Die Ausstellung ist weit davon entfernt, chauvinistische Emotionen zu schüren. Sie regt in ihrer Sachlichkeit dazu an, Denkmäler der Minderheiten auch als solche der Mehrheitsbevölkerung zu verstehen. Dieter Küssner erinnerte an eine der wesentlichsten Tatsachen im Leben eines Grenzlandbewohners: Dadurch, daß man seine Geschichte verbirgt, kann man nur verlieren.

So bleibt das Hauptziel der Sonderausstellung wie der gesamten Löwen-Debatte die Wiederentdeckung und Weiterentwicklung einer guten Nachbarschaft, die auch imstande sein wird, Denkmäler als Teil einer gemeinsamen Geschichte zu verstehen.

Dauer der Ausstellung: Museet på Sønderborg Slot: 14. 10. 1993-9. 1. 1994

Städtisches Museum Flensburg: 23. 1. 1994- 13. 3. 1994

Vom Landarbeiter zum Lokalredakteur

Die Arbeitervolkshochschulen Tinz und Harrisleefeld

von JENS CHRISTIAN JACOBSEN

Ein Schleswiger Arbeiter wird Volkshochschüler

Andreas Paysen, geb. 1904, Sohn eines Lederarbeiters aus Schleswig, ging wie fast alle Arbeiterkinder auf die Volksschule.¹ Obwohl er ein aufgeweckter und lesehungri-ger Junge war, führten seine Lebensumstände dazu, daß er Landarbeiter wurde. Paysen ist ein Beispiel dafür, wie junge Arbeiter in der Weimarer Republik durch die Bildungs- und Kultureinrichtungen der Arbeiterbewegung und - allerdings nur an we-nigen Orten - durch Arbeitervolkshochschulen ihr Wissen erweitern konnten. So wurde aus dem Landarbeiter 1931 ein Lokalredakteur bei der „Volkszeitung“ in Schleswig.

Nach seiner Schulzeit arbeitete Andreas Paysen von 1919 bis 1924 bei Bauern in Taarstedt, Hüsby und Wohld. Dort fühlte er sich von allem abgeschnitten, den Kapp-Putsch 1920 hat er überhaupt nicht wahrgenommen. Neue Perspektiven bot der Wechsel zum landwirtschaftlichen Betrieb der Landesheilanstalt in Schleswig 1924. Paysen bekam Kontakte zur Schleswiger Arbeitersportbewegung² und trat ins Trommler- und Pfeiferkorps der Freien Turnerschaft ein. Der erste Schritt war getan. Es folgte die Mitgliedschaft bei der Volksbühne. Paysen erinnert sich, wie hier sein „Selbstgefühl gestärkt“ und sein Bedürfnis nach geistiger Betätigung gestillt werden konnten. Er wurde nun Leser der „Volkszeitung“ und sandte gelegentlich Gedichte ein, die auch veröffentlicht wurden. Schließlich übertrug man ihm, dem „Literaturbesessenen“, sogar die Theaterkritik für die „Volkszeitung“.

Erst nach diesem Weg durch die „Vorfeldorganisationen“ wurde er 1926 Mitglied der Jungsozialisten und der SPD. Im gleichen Jahr bekam er Arbeit in einer Schleswiger Lederfabrik. 1927 betraute man ihn mit der Ordnung der Arbeiterbibliothek. Schließlich brachte der Jungsozialist Heinrich Hoffmann, der als Redakteur zur SPD- Zei-tung „Das Volk“ nach Gera ging, Paysen auf die Idee, einen Kursus an der Heim-volkshochschule im Schloß Tinz bei Gera zu besuchen. Von Januar bis Juni 1928 gehörte Paysen zu den Schülern in Tinz. 1930 war er erneut Kursusteilnehmer, dies-es Mal an der Volkshochschule Harrisleefeld bei Flensburg.

Staatliche Arbeiterbildung in der Weimarer Republik

Beide Schulen stellen den seltenen Typus der in der Weimarer Republik eingerich-teten staatlichen Internatsvolkshochschulen für Arbeiter und Angestellte dar.

Es gab in Deutschland kaum mehr als ein halbes Dutzend davon. Die Masse der 1919/1920 in großer Zahl geschaffenen Volkshochschulen war nämlich weder als

Internat eingerichtet noch ausdrücklich der Arbeiterschaft vorbehalten, wenngleich diese „der eigentliche Adressat der reformerischen Volkshochschulbewegung“ war.³ Die im Bildungssystem bis dahin benachteiligte und in der Republik politisch aufgewertete Arbeiterschaft sollte im Bereich der Bildung gefördert werden. Das damit verbundene Ziel der Integration in den Staat war in der Arbeiterbewegung jedoch umstritten.⁴ Die Bildungsanstrengungen hingen auch zusammen mit den vielen neuen Aufgaben der Arbeiterorganisationen in der Republik. Sozialdemokraten zogen durch den Wegfall des Zensuswahlrechts auf allen Ebenen in die Parlamente ein, hatten Regierungen bzw. Bürgermeister und Stadträte zu stellen und brauchten dringend republikanisch eingestellte Beamte in den von Konservativen beherrschten Verwaltungen. Gewerkschaftler wurden nicht nur als Betriebsräte, sondern auch als Richter an Arbeitsgerichten, Mitglieder in Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter, Beisitzer in Schlichtungsausschüssen usw. gebraucht. Daher bauten insbesondere die Gewerkschaften ihr eigenes Schulungssystem aus.⁵ Daneben forderten und unterstützten SPD und Gewerkschaften die Gründung staatlicher Schulen: Volkshochschulen, Arbeitervolkshochschulen und Fachschulen für Arbeiter. In diesen Rahmen sind die Arbeitervolkshochschulen in Tinz und Harrisleefeld einzuordnen. Dabei verkörperten sie zwei verschiedene Strömungen der Arbeiterbildung.

Tinz und Harrisleefeld: Ziele und Entstehung

Unterschiedlich war der ideologische Ansatz der Ausbildung. In Tinz berief man sich auf das Vorbild der dänischen Heimvolkshochschule, jedoch abgewandelt durch die „proletarische Zwecksetzung“.⁶ Man verstand sich als „sozialistische Weltanschauungsschule“. Die marxistische Theorie sollte „im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussion und Arbeit“ stehen, jedoch nicht als Dogma, das erklärt wird, sondern als Theorie, um die gerungen wird. Dies entspricht der Erinnerung von Andreas Paysen, der in Tinz das Bemühen um die „Idee des Sozialismus“ im Vordergrund sah, während Harrisleefeld „mehr auf die praktische Alltagsarbeit ausgerichtet“ war.

In Harrisleefeld sprach man sich gegen „ideologische Beeinflussung“ und für „eine streng sachliche“ Arbeit aus.⁷ Bezugspunkt war nicht die marxistische Theorie, sondern die Weimarer Reichsverfassung. In ihrem Sinne habe die Arbeiterschaft „positive Aufgaben in der Gesetzgebung, Staats- und Selbstverwaltung, in der Wirtschaft und Rechtsanwendung zu erfüllen.“ Jüngere Arbeiter und Angestellte sollten befähigt werden, entsprechende Funktionen entweder in öffentlichen Körperschaften oder in den Organisationen der Arbeiterschaft wahrzunehmen.⁸

Die Unterschiede hängen mit der Entstehungsgeschichte der beiden Volkshochschulen zusammen. Tinz ist ein Produkt revolutionärer Bestrebungen 1918/19 und initiiert vom Arbeiter- und Soldatenrat in Reuß, einem Fürstentum, das 1920 Bestandteil des Landes Thüringen wurde. Aus einem Teil des vom Fürsten von Reuß

abgetretenen Vermögens wurde die Stiftung „Volkshochschule Reuß“ gegründet und das alte Fürstenschloß in Tinz als Sitz der Bildungsstätte festgelegt.⁹ Sie bewahrte in den folgenden Jahren ein betont linkes Profil.

Für die Volkshochschule Harrisleefeld wurde eigens ein Gebäude errichtet; der Unterrichtsbetrieb begann am 1. Juli 1928, die offizielle Einweihung erfolgte am 27. September 1928 durch Reichskanzler Hermann Müller (SPD). Die Schule entsprang sozialdemokratischer Initiative: Toni Jensen, Landtagsabgeordnete aus Kiel und Vorsitzende einer „Gesellschaft der Freunde und Förderer von Arbeitervolkshochschulen“, setzte sich besonders für die Gründung ein.¹⁰ Diese war aber zu verwirklichen in Kooperation zwischen der preußischen Koalitionsregierung aus SPD, Zentrum und DDP und dem konservativen Landkreis Flensburg.“ Schon von daher galt es, ideologische Zurückhaltung zu üben. Das sachbezogene Konzept entsprach aber auch der Reformpolitik der Weimarer SPD und der staatsloyalen Haltung der Mehrheit der Partei.¹² In den Einweihungsreden wurde die Schule als „Staatsbürger-schule“ angekündigt.¹³

Organisation und Teilnehmer

Gemeinsam war beiden Volkshochschulen die Zielsetzung, jungen Arbeitern und Angestellten die Chance zur Weiterbildung zu geben. Dazu wurden jährlich zwei fünfmonatige Kurse für etwa 30 Schüler (Harrisleefeld) bzw. 50 (Tinz) im Alter von 18 bis 30 Jahren durchgeführt. Sie sollten aus ganz Deutschland kommen.¹⁴ Im ersten Halbjahr 1930 kam über die Hälfte der Schüler in Harrisleefeld aus Schleswig-Holstein und Hamburg. Tinz nahm jedesmal ein bis zwei Angehörige der dänischen Arbeiterbewegung auf. Auch die späteren Staatsminister (nach 1945) I l ans Hedtoft und H. C. Hansen waren in Tinz.¹⁵

Während Harrisleefeld nur Kurse für männliche Schüler anbot, standen in Tinz abwechselnd Kurse für Männer und Frauen auf dem Programm. Dafür wurden in Harrisleefeld nach einer baulichen Erweiterung 1931 zusätzlich Schulungen speziell für Landarbeiter eingeführt.¹⁶

Die Teilnahmekosten betragen pro Kurs in Harrisleefeld 300,- Mark für Unterkunft, Verpflegung und Unterricht.¹⁷ Da diese Summe häufig nur schwer aufzubringen war und die Teilnehmer während des Kurses ohne Einkommen waren, konnten sie eine Ermäßigung beantragen oder sich um Zuschüsse bei ihren Arbeiterorganisationen oder Heimatstädten bzw. -kreisen bemühen.¹⁸ Über die Teilnahme entschieden die Volkshochschulen selbst und der Reichsbildungsausschuß der SPD, die jeweils über ein bestimmtes Kontingent von Teilnehmern verfügten. An Tinz waren auch die Gewerkschaften beteiligt.

Die Bildungsstätten wurden von einem der hauptamtlichen Lehrer geleitet. In Harrisleefeld war dies zunächst der Sozialdemokrat Erwin Marquardt, bis dahin Studienrat

an der Aufbauschule und den Arbeiter-Abiturientenkursen in Berlin- Neukölln.¹⁹ Ein weiterer hauptamtlicher Lehrer war der Genosse Dr. Alfred Kühler, der 1929 den nach Berlin zurückkehrenden Marquardt als Leiter ablöste.²⁰ Als /weiter Ausbilder wurde nun Dr. Hoffmann eingestellt. Die Lehrer traten auch häufig in Versammlungen und Bildungsveranstaltungen der Flensburger SPD auf.²¹

In Tinz unterrichteten drei hauptamtliche Lehrer. Als Leiter wirkte bis Ende 1928 Dr. Alfred Braunthal, ihm folgte Erich Winkler aus Leipzig.²² Die Schulleiter arbeiteten mit einem Verwaltungsrat zusammen, in dem die beteiligten öffentlichen Körperschaften und Arbeiterorganisationen vertreten waren. Insofern kann nicht von einem rein staatlichen Charakter der Schulen gesprochen werden.

Unterrichtsinhalte

Der Lehrplan von Harrisleefeld enthielt rund zehn Einzelfächer aus den Bereichen Wirtschaft, Sozialwesen, Politik und Geschichte, die in je zwei Wochenstunden unterrichtet wurden. Der Komplex „Turnen, Sport und Gesang“ gehörte ebenfalls zum verbindlichen Unterricht, wurde aber nicht in die Beurteilung einbezogen.²³ Eine mehrwöchige Exkursion nach Dänemark und Schweden vervollständigte das Programm, auch mit dem Ziel, den Schülern ein eigenes Urteil über die Grenzlandproblematik zu ermöglichen.²⁴ Die besten Teilnehmer des Grundkurses durften ihr Wissen in einem Oberkurs vertiefen.

Bei allem Anspruch auf Ideologieverzicht wird die Nähe zur Sozialdemokratie doch erkennbar an dem Fach Geschichte, das eine besondere Behandlung der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterbewegung vorsah. Ferner wurde im Oberkurs das Arbeitsrecht in Verbindung mit dem Arbeitersekretariat in Flensburg unterrichtet. Ein Absolvent wurde ausdrücklich dafür gelobt, daß er juristische Tatbestände „mit sozialem Verständnis richtig“ beurteilte.

Insgesamt stand nicht die theoretische Grundlegung, sondern die praktische Nutzanwendung für die Wahrnehmung von Aufgaben in öffentlichen Einrichtungen oder in der Arbeiterbewegung im Vordergrund.

In Tinz wurden andere Schwerpunkte gesetzt. Gewohnt, Äcker um Schleswig zu pflügen, mußte Andreas Paysen sich hier mit marxistischer Dialektik auseinandersetzen: „Für mich, der ich aus dem Nichts kam, war das ein großes Erlebnis, aber auch eine riesige Anstrengung.“ Es wurden zwar, ähnlich wie in Harrisleefeld, Fächer wie Wirtschaftslehre, Geschichte und Verwaltungskunde unterrichtet. Entscheidend war aber die theoretische Durchdringung der Sachgebiete und ihre Einordnung mit Hilfe der marxistischen Methode. Die Tinker Lehrer sahen auch nicht ihre Hauptaufgabe in der Heranbildung von Funktionären „im engeren Sinn des Wortes“, sondern in einer „Denkschulung“, die von den Teilnehmern in die Arbeiterbewegung weitergetragen werden sollte.

Zufrieden stellte Alfred Braunthal 1926 fest, daß sich viele der bisherigen Absol-

venten in verschiedenster Form der Arbeiterbildung oder Erziehung der Arbeiterjugend gewidmet hätten.²⁵

Unterrichtsmethoden

Beide Bildungsstätten waren nicht nur Arbeitervolkshochschulen, sondern auch „Arbeitsvolkshochschulen“, wie Andreas Paysen es formuliert. Gemeint ist das Prinzip des von der fortschrittlichen Weimarer Pädagogik propagierten arbeits- unterrichtlichen Verfahrens. Gefragt war Selbsttätigkeit der Schüler, um selbständiges Arbeiten zu lernen: „Die Schüler tragen den Unterricht unter Benutzung aller wissenschaftlichen Hilfsmittel weitgehend selbst. Hierdurch sollen die Schulbesucher befähigt werden, sich auch später auf dem Gebiete der sozialen Geschehnisse laufend selbständig zu orientieren, da ein festes Wissen, das nicht fortgesetzt durch die Beobachtung der Ereignisse korrigiert werden kann, schnell zum Dogma werden müßte.“²⁶ Die methodischen Verfahren in Stichworten: arbeitgemeinschaftlicher Unterricht, Vortrag von Referaten mit anschließender Diskussion, selbständiges Anfertigen schriftlicher Arbeiten und graphischer Darstellungen, Festhalten der Ergebnisse in Unterrichtsprotokollen und Wochenberichten.²⁷

ferner konnten die Harrisleefelder Schüler im Flensburger Arbeitersekretariat an konkreten Fällen ihr Urteilsvermögen schulen. Die Fähigkeit zum selbständigen Arbeiten spielte im Zeugnis für die Schüler eine zentrale Rolle.

In Kreisen der Arbeiterbewegung war man stolz auf die moderne Bildungsstätte in Harrisleefeld: „Nichts erinnert an den in solchen Heimen oft noch üblichen Stil der Jugendherberge oder sonstiger Massenunterkünfte.“²⁸ Der Bau und seine Ausstattung galten als dem Bildungskonzept angepaßt: der Unterrichtsraum mit Wandtafel, Leinwand und Projektionsapparat zur Vorstellung von Arbeitsergebnissen; eine Bibliothek mit den wichtigsten Quellensammlungen, Nachschlagewerken und Fachliteratur für die selbständige Arbeit; ein Speiseraum, der außerhalb der Mahlzeiten als „Gesellschaftsraum“ genutzt werden konnte; 15 Wohnräume mit je zwei Betten, die auch als Arbeitsräume für die vielen Unterrichtsvorbereitungen geeignet waren.²⁹

Das Zusammenleben der Volkshochschüler

„In Tinz war es noch proletarischer, in Harrisleefeld etwas feiner, da haben wir mit Messer und Gabel gegessen.“ Dieser ironische Rückblick von Andreas Paysen findet seine Entsprechung in der Harrisleefelder Hausordnung: „An dem gedeckten Tisch und zum Unterricht erscheint ein kultivierter Mensch in einem Zustand, der das Zusammensein für alle erfreulich macht.“ Andreas Paysen: „Die wollten uns Manieren beibringen!“ Eine Fülle weiterer Vorschriften, die Zeugnis ablegen von der Wertschätzung der Disziplin in der Arbeiterbewegung, aber eigentlich im Widerspruch zum pädagogischen Konzept der Selbständigkeit standen, regulierten den Ablauf im Internat. Sie sollten ungestörter, konzentrierter Arbeit, aber offenbar auch einer

sparsamen Bewirtschaftung des Hauses dienen.³⁰ In beiden Bildungsstätten wurde Wert auf Gemeinschaft gelegt. In Tinz - mit dem Selbstverständnis als „sozialistische Heimvolkshochschule“ - glaubte man sogar, „am eigenen Schulleben einen lebendigen Anschauungsunterricht über die psychologischen Probleme des Sozialismus“ zu erhalten.³¹

Ideologisch weniger anspruchsvoll zielte die Harrisleefelder Hausordnung mehr auf eine am Zweck optimaler Lernbedingungen orientierte Hausgemeinschaft ab. Ziel war die Erziehung „zur demokratischen und sozialen Einordnung in ein zweckmäßig aufgebautes Gemeinwesen“. Dies erforderte auch - und hier wird wieder die Nähe zur Arbeiterbewegung erkennbar — den Respekt vor denjenigen, „die die schwere und unangenehme Arbeit der Hausreinigung durchzuführen haben.

Die Hausangestellten gehörten „zur Hausgemeinschaft als durchaus gleichberechtigte Mitglieder“³² und nahmen folgerichtig mit den Schülern Aufstellung zum Gruppenfoto.

Das Gemeinschaftsleben der Schüler konnte im Speise- bzw. „Gesellschaftsraum“ in Harrisleefeld stattfinden, wo auch musiziert werden durfte.³³ Diese gemeinschaftsbildende Möglichkeit nutzten die Schüler zum Beispiel, indem sie die Maifeier 1930 in Harrisleefeld vorbereiteten.¹⁴

Die Tinzler betätigten sich direkter politisch. Sie zogen vor der Reichstagswahl 1928 gemeinsam aufs Land zur Agitation für die SPD.

Im übrigen blieb den Schülern aufgrund der starken Belastung durch die arbeitsunterrichtliche Methode nicht viel Freizeit. An den Wochenenden trafen sich Kursteilnehmer im Harrisleefelder „Cafe Waldheim“ mit der Flensburger Arbeiterjugend.³⁵ Andreas Paysen verbrachte einen Teil seiner Freizeit mit dem Verfassen von Kurzgeschichten. Während seiner Tinzler Zeit konnte er sogar eine in der Geraer SPD-Zeitung „Das Volk“ unterbringen. Das Honorar von 20 Mark kam ihm zur Aufbesserung seines kargen Taschengeldes sehr gelegen.

Ein Volkshochschüler wird Lokalredakteur

Andreas Paysen hatte nach dem Harrisleefelder Kurs Glück, da in Schleswig die Stelle des Lokalredakteurs bei der „Volkszeitung“ frei wurde und er den Zuschlag erhielt. Im Schleswiger Stadtarchiv sind die Jahrgänge der „Volkszeitung“ bis zum 18. 2. 1933, dem Tag des Verbots, aufbewahrt. Sie bezeugen, mit welchem Engagement und Mut Paysen Artikel gegen den aufsteigenden Nationalsozialismus geschrieben hat. Er trat auch häufig als Versammlungsredner auf und wurde 1933 noch zum Vorsitzenden der Schleswiger SPD gewählt. Bei den Nationalsozialisten besonders verhaßt, mußte er sechs Wochen in „Schutzhaft“ zubringen. Nach dem Krieg trat er - wie viele Sozialdemokraten des nördlichen Landesteils zum SSW über³⁶ und war als hauptamtlicher Stadtrat in Schleswig tätig. Paysen bekennt sich noch im hohen Alter zu den Idealen seiner Jugend — dabei haben das Erbe von Tinz und die Erfahrungen von Harrisleefeld nebeneinander Platz.

Das Ende der Arbeitervolkshochschulen

Schon 1930 versuchte die nationalsozialistische Landesregierung in Thüringen, der Heimvolkshochschule Tinz durch massive Etatkürzungen und eine Aufhebung der Verwaltungsordnung den Boden zu entziehen. Einer Klage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beim Thüringischen Staatsgerichtshof wurde jedoch stattgegeben.³⁷ Das Ende für die Tinzener Arbeiterbildungsstätte kam dann im Zuge der „Gleichschaltung“ am 17. 3. 1933.³⁸

Fast zur gleichen Zeit, am 20. 3. 1933, wurden die Räume der Volkshochschule Harrisleefeld von einem großen Kommando der Polizei und SA-Hilfspolizei durchsucht.³⁹ Schon einen Monat später war die Schule „gleichgeschaltet“ und als „Hitler-Volkshochschule“ zur „Heranbildung von Führern der nationalen Arbeit“ vorgesehen.⁴¹ 1935 erwarb der Schleswig-Holsteinische Feuerwehrverband das Gebäude und nutzt es bis heute als Schulungsstätte.⁴¹

Einen neuen Anfang gab es für die Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld nach 1945 nicht. In den ersten Jahren, als die SPD im Lande regierte, waren dringender erscheinende Probleme des Wiederaufbaus zu lösen. Man wollte sich offenbar auch nicht mit dem Feuerwehrverband anlegen.

Seit 1952 setzte sich der Grenzfriedensbund für einen Neubeginn ein. Man verwies auf das hohe Ansehen der Harrisleefelder Schule in der Weimarer Zeit,⁴² auf Erfolge ähnlicher Einrichtungen in Dänemark und auf eine Bevorzugung der bäuerlichen Bevölkerung im Volkshochschulwesen. Die Gründung eines „Vereins der Freunde der ehemaligen Volkshochschule Harrisleefeld“ im Jahre 1960 sollte den Forderungen Nachdruck verleihen. Zu den Aktiven gehörten SPD-Landtagsabgeordnete wie Walter Lurgenstein, Eugen Lechner und Hermann Schwieger. Die konservative Landesregierung stand den Bestrebungen jedoch zurückhaltend gegenüber, und selbst im eigenen politischen Lager scheint es den Befürwortern an entschlossener Unterstützung gefehlt zu haben:⁴³ in einer Zeit, in der sich die SPD von der „Arbeiterpartei“ zur „Volkspartei“ wandelte und diese Entwicklung auch im Godesberger Programm 1959 hervorhob. Sogar in den „Grenzfriedensheften“ stufte ein Autor den Begriff „Arbeitervolkshochschule“ als „von gestern“ ein.⁴⁴

So blieb die Forderung Walter Lurgensteins, des langjährigen Geschäftsführers des Grenzfriedensbundes, unerfüllt: „Einmal muß auch dieser Arbeitervolkshochschule und ihren Freunden das nationalsozialistische Unrecht gutgemacht werden.“⁴⁵

Anmerkungen

1. Der Verfasser führte mit Andreas Paysen (Schleswig) Gespräche am 31.10.1991 und 19.12.1991. Heim Paysen gilt für seine Auskünfte und die Bereitstellung aller Fotos dieses Beitrages mein herzlicher Dank.
2. Horst-Detlef Henkel, Die Entwicklung der Arbeiter- Turn- und Sportbewegung in Schleswig 1918 bis 1933, in: Beiträge zur Schleswiger Stadtgeschichte 35 (1990), S. 146-167.
3. Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der

- Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985, S. 130.
4. Josef Olbrich, Einleitung, in: ders., Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit. Konzeption und Praxis, Braunschweig 1977, S. 15-33.
 5. Theodor Leipart/Lothar Erdmann, Die Organisation der Arbeiterbildung, in: Arbeiterbildung und Volksbildung, Berlin 1928, S. 10-38, gedruckt in: Josef Olbrich (Anm. 4), S. 239-257.
 6. Alfred Braunthal, Die Heimvolkshochschule Tinz, in: Die Tat 18 (1926), S. 318-320.
 7. „Volkshochschule für Arbeiter und Angestellte Harrisleefeld bei Flensburg“ (Merkblatt in Masch. sehr. o. J.), Landesarchiv Schleswig (LAS) Abt. 384 I, Nr. 21; Walter Lurgenstein, Die ehemalige Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld. Ein unverdientes Schicksal, in: Grenzfriedenshefte 1962, H. 1, S. 108-115.
 8. „Volkshochschule für Arbeiter...“ (Anm. 7).
 9. Alfred Braunthal (Anm. 6), S. 318.
 10. Walter Lurgenstein (Anm. 7), S. 112.
 11. Gert Roßberg, Deutsche außerschulische Bildung im Kreis Flensburg-Land, in: Der Landkreis Flensburg 1867-1974 (Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Nr. 30), Flensburg 1981, S. 153 f. Einen Teil der Baukosten übernahm das Reich. Auf Kreisebene war ein „Wohlfahrts- und Schulverein“ mit dem Landrat Wallroth beteiligt.
 12. Zum politischen Profil der SPD in Preußen und Schleswig-Holstein: Jens Christian Jacobsen, „Der Stolz der Gesamtpartei“? Die SPD Schleswig-Holstein 1918-1933, in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein Bd. 3 (1988), S. 211-240.
 13. Walter Lurgenstein (Anm. 7), S. 109 f.
 14. Alfred Braunthal (Anm. 6), S. 320; Alfred Kähler, Die Volkshochschule Harrisleefeld, in: Der Landkreis Flensburg, Kiel 1931, S. 97 f.
 15. Karl Raloff, Deutsche und dänische Arbeiterbewegung in ihren Wechselbeziehungen, in: Grenzfriedenshefte 1966, H. 1, S. 24-36. Auch der spätere schwedische Außenminister Torsten Nilsson war „Tinzer“.
 16. Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, S. 160.
 17. Flensburger Volkszeitung vom 24.2.1928.
 18. Brief Walter Lurgensteins an den Magistrat der Stadt Husum vom 14.1.1930 (Durchschrift), LAS Abt. 384 I, Nr. 21.
 19. Flensburger Volkszeitung vom 24.2.1928.
 20. Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929, S. 206.
 21. Flensburger Volkszeitung vom 8.9.1928, 8.3.1930, 7.11.1931.
 22. Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928, S. 167 f.
 23. „Volkshochschule für Arbeiter...“ (Anm. 7).
 24. Walter Lurgenstein (Anm. 7), S. 111.
 25. Alfred Braunthal (Anm. 6), S. 320.
 26. Alfred Kahler (Anm. 14).
 27. Alfred Braunthal (Anm. 6), S. 319; „Volkshochschule für Arbeiter...“ (Anm. 7).
 28. Flensburger Volkszeitung vom 24.2.1928.
 29. Alfred Kahler (Anm. 14).
 30. Hausordnung der Volkshochschule Harrisleefeld, LAS Abt. 384 I, Nr. 21.
 31. Alfred Braunthal (Anm. 6), S. 320.
 32. Hausordnung (Anm. 30).
 33. Alfred Kahler (Anm. 14).

34. Flensburger Volkszeitung vom 28.4.1930, 2.5.1930.
35. Auskunft von Albert Gregersen (Flensburg) am 30.11.1992. Sein Bruder Christoph spielte in dem alkoholfreien Lokal am Wochenende mit einem Mandolinenquartett auf.
36. Exemplarisch dazu Hermann Clausen, Der Aufbau der Demokratie in der Stadt Schleswig nach zwei Weltkriegen, Flensburg 1966, S. 175-180.
37. Jahrbuch 1930 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin 1931, S. 262.
38. Heinrich August Winkler (Anm. 3), S. 616.
39. Flensburger Nachrichten vom 21.3.1933.
40. Flensburger Nachrichten vom 20.4.1933.
41. Gert Roßberg (Anm. 11), S. 153 f.
42. „Um die Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld“ (Umschau), in: Grenzfriedenshefte 1960, H. 1, S. 43 f.
43. Tilmann Eysholdt, Im Spannungsfeld von Nation und Europa. Der Grenzfriedensbund 1950-1990, Flensburg 1990, S.43 f.
44. Kurt Meißner, Bildungsvokabeln - und was dahintersteckt, in: Grenzfriedenshefte 1962, H. 1, S. 85-90.
45. Walter Lurgenstein (Anm. 7), S. 115; zum langjährigen Vorstandsmitglied und Geschäftsführer des Grenzfriedensbundes Walter Lurgenstein: Ernst Beier, Walter Lurgenstein (Nachruf), in: Grenzfriedenshefte 1964, H. 4, S. 246 f.

Informationsfahrten 1993

Mehr als hundert Mitglieder des Grenzfriedensbundes haben Anfang September an drei Informationsfahrten teilgenommen. Die Leitung hatte in diesem Jahre Frau Neuhaus, einmal zusammen mit Herrn Dr. Riedel von der Zentralstelle für Landeskunde, übernommen. Dadurch war die nicht ausschließlich historisch orientierte Betrachtung der einzelnen Ziele vorherbestimmt; und das gefiel offenbar allen Teilnehmern. Sie erfuhren schon im ersten Teil der Fahrt viel über geologische Fakten, über Landschaftsformen, typische Siedlungen und andere Besonderheiten des Landes zwischen Flensburg und Gram, dem Ziel der Reise. Hier wurde zunächst die schöne, weiße, alte Kirche besichtigt, bevor es ins Schloß ging, das heute als Museum der Landschaft dient. Es enthält eine bemerkenswerte geologische Sammlung, die sorgfältig, fast liebevoll, ausgestellt ist.

Wohl am meisten Eindruck machten die vielen Funde von Walfischknochen, die aus einem Moor in der Nähe Grams stammen und zeigen, wie weit einmal in Urzeiten das Meer gereicht hat. Nach dem Mittagessen im Schloßrestaurant und einem Spaziergang im Schloßpark folgte eine Rundfahrt durch die umgebende Landschaft, der Besuch mehrerer Kirchen, auch eines Platzes, an dem einmal eine Kirche gestanden hatte, die längst abgetragen war. In diesem Raum (östlich und südlich von Ribe) traf früher deutsche und dänische Bevölkerung aufeinander, nicht immer in vollem Einverständnis miteinander, was sich an verschiedenen Merkmalen in der Landschaft belegen ließ. Ein gepflegter Nachmittagskaffee in einem ländlichen Gasthaus schloß die Besichtigungsfahrt ab. Der Rest war Heimfahrt, der sich alle Teilnehmer müde und zufrieden überließen.

Jørn Buch neuer Vorsitzender des Dänischen Grenzvereins

Das Wahlergebnis war eine Überraschung: Jørn Buch, als Journalist bei Danmarks Radio mit Grenzlandfragen befaßt, wurde neuer Vorsitzender des einflußreichen dänischen Grenzverbandes Dansk Grænseforening. Seine berufliche Arbeit weist ihn als vernünftigen, maßvollen, ruhigen Mann aus, dem Verständigung über die Grenze hinweg wichtiger ist als Konfrontation. Ein gutes Zeichen! Wir wünschen ihm Glück und Erfolg in seiner Amtsführung und freuen uns auf nützliche und gute Kontakte.

Die Redaktion

Erfolg oder Mißerfolg

dm. Bertel Haarder stand die Überraschung im Gesicht geschrieben, Überraschungs-Sieger Jørn Buch war selbst sekundenlang sprachlos: Der 48jährige Grenzlandmitarbeiter von Radio Syd wurde neuer Vorsitzender von »Grænseforeningen« – Aufruhr der demokratischen Basis gegen die Kopenhagener »Zentrale« und gleichzeitig Abstand von Haarder, da er – verständlich – nicht von vornherein auf neue Ministerposten verzichten wollte.

Glückwunsch an Buch, der den Grenzverein jetzt reformieren will und Anerkennung, da er ihm seine historische antideutsche Speerspitze nehmen will, aber ob er Erfolg haben wird, hängt auch davon ab, wie er den Verein gerade in jüngeren Kreisen populär machen will; nur 2,3 Prozent der Befragten erklärten bei einer landesweiten Meinungsumfrage, daß sie den Grenzverein überhaupt kennen. Büchlein, Büchlein, du gehst einen schweren Gang – nicht zuletzt auch, weil parteipolitischer Streit in den Verein hineingetragen worden ist, der ihn nach Ansicht von Prof. H. P. Clausen sogar in eine Krise führen kann. Buch kann – wie von uns gefordert – künftig nicht mehr Grenzlandmitarbeiter sein; das ist logisch und journalistisch fair, aber wir hoffen nicht, daß er als Vorsitzender des »Grænseforeningen« schon bald gegen die Streichung des Grenzlandmagazins protestieren muß, denn dann würde der Erfolg zu einem Mißerfolg – dies würden wir besonders bedauern!

Nordschleswiger, 2. 11. 1993

Eine Institution fast von diplomatischem Rang

Zehn Jahre Deutsches Sekretariat in Kopenhagen

KOPENHAGEN. Dänemarks Parlaments-Präsident Henning Rasmussen, Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen und zahlreiche Minister des Königreiches sowie Schleswig-Holsteins Europa-Minister Gerd Walter haben heute einen gemeinsamen Termin in ihrem Kalender: Im Parlamentsgebäude von Kopenhagen findet ein Empfang aus Anlaß des zehnjährigen Jubiläums des deutschen Sekretariates in der dänischen Hauptstadt statt.

Die vor zehn Jahren geschaffene Einrichtung hat sich in der Zeit ihres Bestehens zu einer festen Institution der deutsch-dänischen Zusammenarbeit entwickelt, ohne daß dieser Status in irgendeiner Form festgeschrieben ist.

Ursprünglich war das deutsche Sekretariat in Kopenhagen eingerichtet worden, um der deutschen Volksgruppe nördlich der Grenze eine direkte Verbindung zu den Entscheidungsträgern des Landes zu schaffen. Was als großzügige Geste der dänischen Regierung gedacht war, hat sich zu einem Instrument von fast

diplomatischem Rang entwickelt. Dies ist vor allem auf den Einsatz von Sekretariatsleiter Siegfried Matlok zurückzuführen.

Der 47jährige hat das Sekretariat zu einer Brücke zwischen Deutschland und Dänemark gestaltet. Damit ist er ohne Zweifel über seinen eigentlichen Auftrag hinausgegangen. Doch dies wirft ihm heute niemand vor. Im Gegenteil: Nicht zuletzt auch die dänische Seite nutzt seine Kontakte zur deutschen Politik.

Das Schließen einer Brücke zwischen Dänemark und Deutschland ist seit vielen Jahren auch eine der Aufgaben, die die deutsche Volksgruppe in Dänemark sich selbst gestellt hat. Denn nicht zuletzt war sie es, die – historisch gesehen – viele Jahre lang das Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland belastete.

Als Preußen und Österreich 1864 Dänemark schlugen und der Landesteil Schleswig zu Preußen kam, war dies der Keim zu einem Konflikt, der erst 1955 offiziell mit den Minderheiten-Erklärungen von Bonn und Kopenhagen beendet wurde.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde als Ergebnis der Volksabstimmung von 1920 die heutige deutsch-dänische Grenze gezogen. Das Votum war zugleich die Geburtsstunde der deutschen Minderheit in Nordschleswig.

Bis Ende des Zweiten Weltkrieges hielt die deutsche Minderheit an der Heim-ins-Reich-Politik fest. Um so stärker waren die dänischen Reaktionen nach dem Kriege. Die deutschen Einrichtungen wurden geschlossen, teils vom dänischen Staat eingezogen, die Mitglieder juristisch wegen ihrer Unterstützung der deutschen Besatzungsmacht oder wegen des freiwilligen Wehrdienstes für Deutschland zur Verantwortung gezogen.

Erst zehn Jahre nach Ende des Krieges normalisierten sich die Verhältnisse wieder, als sich Deutschland zu Rechten und Pflichten gegenüber der dänischen Minderheit in Südschleswig und Dänemark umgekehrt gegenüber der deutschen Minderheit in Nordschleswig bekannten.

Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig bezeichnet sich heute als 17.000 Mitglieder stark, nachdem vor einigen Jahren noch 25.000 genannt wurden. Sie unterhält mit starker finanzieller Unterstützung aus Deutschland Kindergärten, Schulen, ein Gymnasium, die deutsche Tageszeitung „Der Nordschleswiger“ sowie zahlreiche andere Einrichtungen.

Mit der Kopfzahl schwand auch das proportionale Verhältnis zur dänischen Mehrheitsbevölkerung. Das Folketingsmandat ging 1964 verloren und konnte trotz einer gewissen Befreiung von der Zwei-Prozent-Sperrklausel nicht aus eigener Kraft erneut erlangt werden. Erst 1973 gelang es im Huckepack-Verfahren mit der Partei Zentrum-Demokraten, erneut mit einem eigenen Repräsentanten in das Folketing einzuziehen.

Doch nach dem Tode des Minderheiten-Politikers und „Nordschleswiger“-Chefredakteurs Jes Schmidt im Jahre 1979 endete das Bündnis mit den Zentrum-

Demokraten. Um dem Wunsch der Minderheit nach einer ständigen Verbindung zur Regierung entgegenzukommen, wurde daher vor zehn Jahren das deutsche Sekretariat ins Leben gerufen.

Seit der Gründung ist Siegfried Matlok Leiter der Einrichtung. Er stieg auch in die Fußstapfen seines politischen Ziehvaters Jes Schmidt und ist seit dessen Tod Chefredakteur des „Nordschleswiger“.

Der so mit zwei wichtigen Funktionen ausgestattete Matlok lehnt den scherzhaft gemeinten Ausdruck „Sonderbotschafter“ nicht ab. Er verweist gern darauf, daß er eine entscheidende Rolle spielte, als Bundespräsident von Weizsäcker 1989 offiziell Nordschleswig besuchte, Königin Margrethe die deutsche Volksgruppe durch einen Besuch aufwertete und Bundeskanzler Kohl 1985 mit dem damaligen Staatsminister Schlüter im Grenzland zusammentraf.

Peter Volgman

in: Flensburger Tageblatt, 14.10.1993

Kopenhagen beunruhigt über dänische Neo-Nazis

Sie schüttelten die kurzgeschorenen Köpfe, nannten ihn abfällig einen „demokratischen Spinner“, ließen ihn aber doch ganz unbehelligt – auch hinter sonst fest verschlossenen Türen – kilometerweise Videos und Tonbänder aufnehmen. Nur selten mußte er sein Aufnahmegerät auch mal im Verborgenen laufen lassen. So bekam Frede Farmand Rasmussen (47) einen einzigartigen Einblick in die rechtsradikale Szene Dänemarks. In der vergangenen Woche trat er mit seinem hochbrisanten Material an die Öffentlichkeit und enthüllte, daß es auch in diesem Lande eine kleine, straff organisierte Clique von Neo-Nazis gibt, die nach eigenem Bekunden kein Mittel scheuen wird, um die Demokratie zu bekämpfen.

Besonders grell wurde mit den Aufnahmen Farmands, die das Fernsehen zur besten Sendezeit ausstrahlte, belegt, wie sich durch personelle Verflechtungen und organisatorische Zusammenarbeit eine verhängnisvolle Allianz auf dem rechten Flügel entwickelt. Dort entstanden in den letzten Jahren einerseits politische Parteien wie Nationalpartiet Danmark (NPD) und Partiet De Nationale (PDN), die beide – mit strapazierfähigem Wohlwollen betrachtet – noch gerade auf dem Boden der Gesetze agieren. Andererseits wirken im Untergrund Nazi-Gruppierungen, die kaum den Vergleich mit ihren deutschen Vorbildern zu scheuen brauchen, und mit einschlägig vorbestraften, internationalen Frontfiguren der rechts-nationalistischen Szene gern Umgang pflegen.

Wie Frede Farmand jetzt enthüllte, trat aber beispielsweise der Parteivorsitzende der angeblich demokratischen PDN, Albert Larsen, gelegentlich als stürmisch

gefeierter Hauptredner bei Veranstaltungen der Nazi-Gruppierung DNSB auf. Während er in den Medien brav von politischer Überzeugungsarbeit sprach und jeglicher Gewalt gestenreich abschwor, dokumentieren die Aufnahmen Farmands, wie Larsen und seine Organisation in einigen konkreten Fällen Gewalttaten gegen Ausländer ausdrücklich begrüßten – wenn nicht gar selbst Hand anlegten.

Der Staatsanwalt in Kopenhagen ermittelt nun – zum zweiten Mal – gegen Unbekannt wegen eines Überfalls auf die Kopenhagener Stadtvertreterin Lubna Elahi. Die in Pakistan gebürtige Politikerin war 1990 von einigen Männern brutal zusammengeschlagen worden, doch die Polizei nahm damals davon Abstand, die Täter in den bekannten rechtsradikalen Kreisen zu suchen. Auch andere Straftaten gegen Ausländer und ihre Organisationen sollen jetzt - auf Geheiß des dänischen Justizministers Erling Olsen - noch einmal gründlich durchleuchtet werden.

An ein Verbot rechtsextremer Parteien oder Organisationen aber denkt der Minister nicht. Damit, so der sozialdemokratische Politiker, werde diesen Splittergruppen nur jenes Märtyrertum zuteil, das sie sich als Mittel ihrer politischen Strategie wünschen. Die dänischen Nationalsozialisten haben sich in ihrem Tatendrang durch das plötzliche öffentliche Interesse an ihren obskuren Aktivitäten noch nicht bremsen lassen. Schon am Abend der alarmierenden Fernsehsendung kam es zu einer dramatischen Auseinandersetzung, als sich vor der Kopenhagener Wohnung des Nazi-Führers Jonni Hansen spontan ein paar Dutzend Jugendliche aus dem linken, autonomen Milieu versammelten. Ein 33jähriger Mann, der seinen Führer angeblich vor den aufgebracht Antifaschisten in Schutz nehmen wollte, hatte zu diesem Zweck eine geladene, großkalibrige Pistole mitgebracht, wurde aber rechtzeitig von Polizisten verhaftet, die er versehentlich für Gesinnungsgenossen aus dem rechten Lager gehalten hatte. In der Wohnung des 33jährigen entdeckten die Beamten kurz darauf ein komplettes Waffenlager.

Gleichzeitig ergoß sich dieser Tage eine Flut von anonymen Briefen über Dänen mit jüdisch klingenden Namen. Die mit einem Hakenkreuz signierten Schreiben enthalten üble Beschimpfungen und enden mit den Worten: „Wir wissen, wer du bist!“

Im November kandidieren Vertreter der rechtsradikalen Parteien NPD und PDN in vielen Teilen des Landes bei den Kommunalwahlen. Sie wollen nach der Devise „Ausländer raus“ die Einwanderungs- und Asylpolitik zum Hauptthema des Wahlkampfes machen. Gerade rechtzeitig hat es ein einzelner Mann jetzt geschafft zu belegen, wie die Rechtsradikalen wirklich denken. Frede Armand Rasmussen lebt neuerdings unter Polizeischutz.

Leif Jonasson in: Flensburger Tageblatt, 14.9.1993

Zur Amtrats- und Kommunalwahl in Nordschleswig einige Ausschnitte aus Berichten:

Die Schleswigsche Partei (SP) hat bei der Kommunalwahl 1993 insgesamt neun Mandate geholt – unverändert gegenüber 1989. Sie erzielte in den elf Kommunen, in denen die Liste S kandidierte, 3.984 Stimmen – im Vergleich zu den 4.094 in denselben Kommunen vor vier Jahren ein Rückgang um drei Prozent. Bei der Amtratswahl verbuchte sie insgesamt 5.137 Stimmen gegenüber 4.877 Stimmen – also ein Zuwachs von 260 Stimmen bzw. von fünf Prozent!

Bei einem Blick auf die Einzelergebnisse der Liste S fällt auf, daß in Rothenkrug zwar kein Mandat erreicht wurde, daß aber mit einem Plus von 55 Stimmen bzw. 31 Prozent ein überragendes Ergebnis zu verzeichnen ist. Geringfügigen Stimmenzuwachs gab es auch in Hoyer (plus sechs) und Lundtoft (plus drei). In den anderen Kommunen hat sich die SP relativ stabil gehalten - allerdings mit leichten Verlusten; in Tingleff (minus 69), Apenrade (minus 47), Lügumkloster (minus 19), Bau (minus 18), Tondern (minus 12), Hadersleben (minus 10) und Gravenstein trotz des Mandatsgewinns (minus 2). Prozentual am stärksten ist der Rückgang mit sieben Prozent in Apenrade.

Nordschleswiger, 18.11.1993

Der Spitzenkandidat der Schleswigschen Partei zur diesjährigen Amtratswahl, Harald Søndergaard, Tingleff, hat innerhalb der SP-Liste mit 1.785 persönlichen Stimmen das beste Ergebnis erzielt und zieht daher in den neugewählten Amtratsrat ein. Er errang für die SP das 24. der insgesamt 29 Mandate. Noch-Amtratsmitglied Anneliese Bucka bekam 1.220 Stimmen, Gerhard Mammen, Nr. 3 auf der Liste, 241 Stimmen.

Der amtierende Amtratsbürgermeister Kresten Philipsen (V), erzielte bei den persönlichen Stimmen mit 32.114 ein Traumergebnis und rund 12.000 Stimmen mehr als vor vier Jahren.

Nordschleswiger, 18.11.1993

Die Schleswigsche Partei hat bei den Kommunalwahlen in Lügumkloster ein Mandat verloren, aber in Gravenstein gelang dem früheren BdN-Hauptvorsitzenden Gerhard Schmidt nach vierjähriger Pause ein Comeback. Die Liste S behauptete durch den Gravensteiner Erfolg die bisherigen neun kommunalen Mandate – drei in Tingleff, zwei in Tondern sowie jeweils einen Sitz in Hoyer, Apenrade, Lügumkloster und Gravenstein.

Aus einer sehr schwierigen Situation heraus hat Gerhard Schmidt als Veteran der Kommunalpolitik in der Kommune Gravenstein das fast Unmögliche möglich

gemacht und sicherte gestern mit einer fast unveränderten Stimmenzahl im Verhältnis zur Kommunalwahl 1989 den Wiedereinzug der Schleswigschen Partei in den Stadtrat in Gravenstein.

Nordschleswiger, 17.11.1993

...und ein Kommentar

SP-Trendwende

dm. Erstmals seit 1978 hat die Schleswigsche Partei (SP) bei einer Wahl wieder positive Zahlen zu vermelden: Sicher, das Niveau ist gewiß nicht mit »alten« Zeiten zu vergleichen, aber die Freude darüber, daß die Talsohle bei der Amtratswahl am Dienstag durchschritten worden ist, wird dadurch nicht getrübt. Mit 5.137 Stimmen wurde die zu Recht vorsichtige Prognose des SP-Vorsitzenden Bieling, den Abwärtstrend der letzten Wahlen endlich zu stoppen und – wo möglich – einzelne Stimmen hinzugewinnen, nicht nur erfüllt, sondern in ihren Erwartungen auch ein gutes Stück übertroffen. Die Demotivierung in der parteipolitischen Arbeit nach dem Motto, es nützt ja doch nichts, kann nun zu den Akten gelegt werden; Zuversicht ist auf der Grundlage so manch ermutigender Einzelergebnisse angesagt.

Das Erstaunliche am S-Resultat vom Dienstag: Das primärkommunale Ergebnis ist leider wieder einmal leicht rückläufig. Die Überraschung ist das Amtratsresultat. Ehrlich gesagt, sogar eine große Überraschung. Wenn man bedenkt, daß die deutsche Minderheit jährlich rund 130 bis 160 Mitglieder durch den Tod verliert (also rund 500 im Laufe einer Wahlperiode!), wenn man berücksichtigt, daß das Ableben des populären Spitzenmanns der letzten Amtratswahl, Hans Chr. Jepsen, die SP in arge Nöte stürzte, dann ist dieses Ergebnis um so verwunderlicher – zumal bei diesem politischen Umfeld mit Erdrutsch. Daß Philipsens Venstre allen Amtratsparteien Tausende von Stimmen abgejagt hat und daß da ausgerechnet nur die SP sich aus dem Sog des Amtratsbürgermeisters befreien konnte, zeigt, daß inner- und unterhalb der Zahlen eine erhebliche Wählerwanderung stattgefunden hat – gerade im Falle der Schleswigschen Partei. Wie ist dieser SP-Zuwachs um fünf Prozent der Stimmen eigentlich zustande gekommen? Es bedarf da zunächst einmal näherer Prüfungen, aber vor dem Hintergrund der GfK/Observa-Umfrage, wonach nur 70 Prozent der Mitglieder der deutschen Minderheit bei der letzten Wahl der SP ihre Stimme gegeben haben, liegt man wohl nicht schief, wenn man davon ausgeht, daß die öffentliche Solidarisierung in den Verbänden zu einer erfolgreichen Mobilisierung innerhalb der eigenen Reihen geführt hat. Das dies auf

Amtsratsebene so positiv ausgegangen ist, während es kommunal – von Ausnahmen abgesehen – insgesamt negativer verlief, läßt sich auf den ersten Blick hin so klar nicht deuten. Ein Versuch?! Mag sein, daß das innerhalb der Volksgruppe nach der Nominierung von Harald Søndergaard zum Spitzenkandidaten ausgelöste Fern-Duell zwischen Søndergaard und der bisherigen Amtratsabgeordneten Anneliese Bucka zu einer konstruktiven Polarisierung beigetragen hat, die auch einen Schlüssel zum Erfolg liefert. Die ersten uns vorliegenden persönlichen Stimmen der beiden sind ein Indiz dafür. Die Wahlanalyse beweist es in aller Brutalität: Wie eine Lawine hat Kresten Philipsen die Parteien überrollt. Man reibt sich fast ungläubig die Augen, kommt bei den einzelnen Venstre-Zahlen aus dem Staunen nicht heraus und gratuliert. Voller Verwunderung – und mit Bewunderung!

Nordschleswiger, 18.11.1993

Dänische Minderheit: Nein zum Schleswig-Holstein-Tag

Teilnahme 1994 knapp mit zwölf gegen elf Stimmen abgelehnt

SSV-Vorsitzender Heinrich Schultz bedauert die Entscheidung

FLENSBURG. Die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig wird sich auch 1994 nicht am Schleswig-Holstein-Tag beteiligen. Mit zwölf gegen elf Stimmen lehnte der Hauptvorstand des Südschleswigschen Vereins (SSV) am Dienstagabend in Flensburg eine Teilnahme am seit 1990 alle zwei Jahre gefeierten Schleswig-Holstein-Tag ab, der am 23. und 24. Juli unter dem Motto »150 Jahre Schleswig-Holstein-Lied – 150 Jahre blau-weiß-rote Landesflagge« in Schleswig stattfinden wird.

Gerade der Schleswig-Holstein-Tag 1994, der parallel zu den Wikingertagen in Schleswig stattfindet und im Zeichen des 150. Jahrestages des schleswig-holsteinischen Sängerfestes 1844 steht, auf dem die teilnehmenden rund 14.000(!) – deutschgesinnten – Schleswig-Holsteiner erstmals ihr von Matthäus Friedrich Chemnitz verfaßtes und von Karl Gottlieb Bellmann vertontes Schleswig-Holstein-Lied (»Stehe fest und nimmer weiche, wie der Feind auch dräuen mag«) sangen, erschien der SSV-Vorstandsmehrheit ebenso wie die üblicherweise in größeren Mengen zu erwartenden blau-weiß-roten Schleswig-Holstein-Flaggen Grund genug zur Ablehnung.

»Ich bedauere das«, erklärte SSV-Vorsitzender Heinrich Schultz, Garding, gestern dem NORDSCHLESWIGER. »Für unsere Nachbarn bedeutet die Schleswig-Holstein-Flagge genauso viel wie für uns der Danebrog.« Die dänische Minderheit hätte sich im Fall einer Teilnahme am Schleswig-Holstein-Tag mit einer Ausstellung in ihrem Museum »Danevirkegården« in Dannewerk (bei Schleswig) markiert und im Rahmen dieser Ausstellung ihre Sicht der nationalen Entwicklung

der Herzogtümer im 19. Jahrhundert dargestellt. »Gerade beim ersten Mal einer Teilnahme bildete das Motto natürlich einen Hauptpunkt«, sagte Schultz. Das Verständnis für eine Teilnahme am Schleswig-Holstein-Tag habe im SSV überdies »auch etwas mit den Generationen zu tun«; und Ältere könnten sich damit womöglich schwerer vertraut machen. Diese Frage habe aber bei der Entscheidung keine Rolle gespielt, meinte Schultz. Im SSV-Vorstand sei schriftlich und damit geheim abgestimmt worden.

Die knappe Mehrheit des SSV-Hauptvorstandes ließ sich in der z. T. emotional geführten Debatte auch nicht davon beeindrucken, daß bereits Teilnehmer aus Dänemark ihr Mitwirken am Schleswig-Holstein-Tag und den Schleswiger Wikingertagen zugesagt haben. Die Gegner einer Teilnahme fühlten sich außerdem dadurch irritiert, daß der Schleswig-Holsteinische Heimatbund (SHHB) die Geschäftsstelle des Kuratoriums Schleswig-Holstein-Tag seit dessen Gründung 1987 wahrnimmt.

»Der Schleswig-Holstein-Tag war unsere Erfindung«, erklärte SHHB-Geschäftsführer Hans-Joachim von Leesen, Kiel, dem NORDSCHLESWIGER. »Bei unserer Einladung an den SSV haben wir keinerlei Vorgaben gemacht. Wir bedauern die SSV-Entscheidung. Damit ist für den SHHB das Kapitel Mitwirkung der dänischen Minderheit 1994 abgeschlossen.«

Nordschleswiger, 2. 12. 1993

„Det første offer“ (Das erste Opfer) – Der dreijährige Krieg 1848-50 – eine Ausstellung im Tøjhusmuseet (Zeughausmuseum) in Kopenhagen

„Das erste Opfer eines Krieges ist die Wahrheit.“ Dies steht als Motto über einer Ausstellung über den schleswigschen Krieg 1848-50. Der Idstedt-Löwe im Hof des Museums stellt eine passende Außendekoration zu dieser Ausstellung dar.

Der dreijährige Krieg wird einmal aus einer anderen Perspektive beleuchtet: Er war einer der ersten Propagandakriege der Welt, denn die öffentliche Meinung des demokratischen Aufbruchs dieser Jahre war zu einem Faktor geworden, den die Militärs und die Politiker nicht mehr ignorieren konnten. Dadurch erhielten die Informationen oder Fehlinformationen, die die Stimmen und Stimmungen der Öffentlichkeit steuern konnten, eine entscheidende Bedeutung.

Es ist ein großes Verdienst des „Tøjhusmuseet“, einmal diesen Aspekt anlässlich einer kriegerischen Auseinandersetzung in den Mittelpunkt zu stellen. Die Propagandafront hat sich seitdem als manchmal entscheidender als die eigentliche Frontlinie erwiesen. Die Druck- und Vervielfältigungstechnik war um 1848 so weit fortgeschritten, daß Ereignisse sehr schnell propagandistisch umgesetzt werden konnten. In Verbindung mit dieser Ausstellung sind auch

verschiedene Materialien neu erarbeitet worden. Johannes Nielsen ist der Verfasser einer vom Museum herausgegebenen Informationsschrift mit dem Titel »Treårskrigen 1848-1851«. Dieses Heft umfaßt 56 Seiten und ist reich bebildert. Leider fehlt ein deutscher oder wenigstens ein englischer Text. Außerdem liegen 300 Bilder dieses Krieges und seiner Propagandafront auf Video-Platte vor. Die Ausstellung selbst enthält auch eine Dia-Show. Neben Propagandamaterial der damaligen Zeit ist noch eine Uniformensammlung sowie ein Feldlazarett zu sehen, in dem gerade eine Armamputation vorgenommen wird. Alles in allem eine sehenswerte Ausstellung, die wohl zum ersten Mal den Beginn moderner Kriegsführung beleuchtet.

Dauer der Ausstellung:

6. Juli 1993 – 1. März 1994

Öffnungszeiten:

10 bis 16 Uhr, montags geschlossen.

Eckhard Bodenstein

Minderheiten- und Volksgruppenpolitik

Ringvorlesung der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Wie geht die Bundesrepublik mit ihren nationalen Minderheiten und Volksgruppen um?

Wie ist die Integration von nationalen Minderheiten und Volksgruppen möglich? Warum wächst wieder Feindseligkeit gegenüber ausländischen Bürgerinnen und Bürgern?

Erstmals findet eine Ringvorlesung der CAU zu Kiel in Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag statt. In zehn Veranstaltungen referieren und diskutieren die Landtagspräsidentin, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Repräsentanten der Minderheiten Chancen und Probleme der interkulturellen Gesellschaft.

Den Eröffnungsvortrag am 11. November 1993 hielt die Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave: „Wieviel Minderheit verträgt die Republik? – Perspektiven deutscher Minderheiten und Volksgruppenpolitik“. Es folgten vier Vorträge zu soziologischen, sozial-psychologischen und (völker-)rechtlichen Themen.

Die folgenden Veranstaltungen stehen noch aus:

6. Januar 1994

Prof. Dr. Lars Clausen, Institut für Soziologie der CAU zu Kiel: „Ethnizität als Lösung sozialer Probleme?“

13. Januar 1994

Prof. Egon Bahr, Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg: „Minderheit zwischen Selbstbestimmung und Staatensouveränität“

20. Januar 1994

Prof. Dr. Rüdiger Wurr, Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Kiel: „Die Deutsch-Türken-Vorurteile und schleswig-holsteinische Wirklichkeit“

27. Januar 1994

Dr. Thomas Steensen, Nordfriisk Institut, Bredstedt: „Die Friesen als autochthone Minderheit in Schleswig-Holstein“

3. Februar 1994

– Abschlußveranstaltung –

Frau Prof. Dr. Edith Marold, Nordisches Institut der CAU zu Kiel: „Dänisch in Schleswig-Holstein. Geschichte und Gegenwart“

Heinrich Schultz,

Vorsitzender des Sydslesvigsk Forening, Flensburg: „Die dänische Volksgruppe heute und morgen“